

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 18.12.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte, der Klub der Grünen Wieden, der Klub von NEOS und der Klub von Links-Wieden den nachfolgenden

Resolutionsantrag

betreffend

Beschlussfassung über den „Masterplan Gehen“

Die Bezirksvertretung Wieden unterstützt den, von der Bezirksvertretung Wieden beauftragten, von der MA 18 supervisierten und von der Agentur komobile ausgearbeiteten „Masterplan Gehen“ in der vorliegenden Version vom 18. Dezember 2025, um auf Basis dieses Plans weitere Verkehrsprojekte ausarbeiten und umsetzen zu können.

Begründung

Das Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (BMIMI) hat alle Körperschaften dazu aufgefordert, mit dem Zeithorizont 2030 Strategien zur Förderung des Fußverkehrs in Österreich auszuarbeiten. Die Wieden kommt dieser Aufforderung mit der vorliegenden Studie gerne nach und bekräftigt damit ihre langjährigen Bemühungen, den Fußgänger:innenverkehr weiterhin zu fördern und entlang der aufgezeigten strategischen Ziele zu verbessern.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 18.12.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte und der Klub der Bezirksrätinnen von LINKS Wieden den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Tactical Urbanism auf der Wieden umsetzen

Die zuständigen Magistratsabteilungen 18 und 46 werden ersucht, im Sinne des Wiener Regierungsprogramms die Möglichkeiten der Weiterentwicklung von Grätzeloasen, etwa in der Phorusgasse, um Elemente des „Tactical Urbanism“ in Abstimmung mit dem Bezirk auszuarbeiten und der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Behandlung in der Verkehrs- und Planungskommission vorzulegen.

Begründung:

Im aktuellen Wiener Regierungsprogramm wurde die Weiterentwicklung von Grätzeloasen um den Bereich des „Tactical Urbanism“ vereinbart. Das Regierungsprogramm beschreibt „Tactical Urbanism“ zutreffend als „zeitgemäßes Instrument der Raumplanung, um Straßenräume innerhalb eines kurzen Zeitraumes inklusiv und nachhaltig umzugestalten. Es ist ein schneller, kostengünstiger und handlungsorientierter Ansatz für sinnvolle Veränderungen im urbanen Raum unter Einbeziehung der lokalen Nachbarschaft.“ Gerade angesichts der aktuellen Budgetsituation sind solche Projekte von besonderem Interesse. Die vor wenigen Jahren als Wohnstraße neu gestaltete Phorusgasse, in der sich seit zwei Jahren eine stark frequentierte Grätzeloase unmittelbar vor der Ganztagesvolksschule Phorusgasse befindet, wäre eine geeignete Örtlichkeit, um unter Beteiligung der Schule und aller Anwohnenden niederschwellige und rasch umsetzbare Lösungen für eine bessere Nutzbarkeit der Gasse während des Schulbetriebs zu entwickeln.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 18.12.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Zeitliche Erweiterung der Schulstraße Phorusgasse

Die zuständigen Magistratsabteilungen 28, 46 und 56 werden ersucht, in Abstimmung mit der Frau Bezirksvorsteherin das Konzept Schulstraße in der Phorusgasse zwischen Wiedner Hauptstraße und Leibenfrostgasse an Schultagen um den Zeitraum zwischen 15:15 und 15:45 Uhr zu erweitern.

Begründung

Die Bezirksvertretung Wieden hat sich erstmals im Jahr 2019 dafür ausgesprochen, die Umsetzung einer Schulstraße in der Phorusgasse zu prüfen und dafür mit dem Elternverein und der Schulleitung in Dialog zu treten, und hat diesen Beschluss in der vergangenen Periode erfolgreich umgesetzt. In einer Schulstraße wird an den Schulrandzeiten die Straße abgesperrt, um so die Verkehrssicherheit im Schulvorplatzbereich zu erhöhen. Die Phorusgasse ist seit wenigen Jahren in diesem Abschnitt Wohnstraße, sodass die Durchfahrt ohnehin nicht gestattet ist und wird mit der Umsetzung der Schulstraße ein Beitrag zur Durchsetzung der bestehenden Rechtslage geschaffen. Das Konzept hat sich in den Morgenstunden in der Phorusgasse sehr bewährt.

Nun ist der Elternverein mit dem Wunsch an die Bezirksvorstehung herangetreten, die Schulstraße auch auf den Zeitraum rund um die Hauptabholungszeit um 15:30 Uhr auszuweiten. Die Bezirksvertretung Wieden ersucht daher alle beteiligten Magistratsabteilungen, gemeinsam die Voraussetzungen für eine rasche Umsetzung zu schaffen.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 18.12.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Errichtung eines Schulgebäudevorplatzes in der Belvederegasse

Die zuständige Magistratsabteilung 28 wird, unter Einbeziehung der Verkehrsbehörde MA 46 darum gebeten, ein Verkehrsprojekt zur Errichtung eines Schulvorplatzes im Bereich des Gebäudes Belvederegasse 32 sowie für den Straßenabschnitt zwischen diesem Gebäude und dem Elisabethplatz, wo sich das Hauptgebäude der Volksschule Elisabethschule befindet, vorzubereiten, das in weiterer Folge unter Einbeziehung von Anwohner:innen und Schulpartner:innen ausgearbeitet und umgesetzt werden kann.

Begründung

Die Volksschule Elisabethplatz wird ab dem nächsten Schuljahr 2026/2027 das Gebäude Belvederegasse 32 mitbenützen. Die Erweiterung der Schulflächen ermöglicht es dem Bezirk, die Volksschule Elisabethschule zu einer offenen Volksschule umzuwandeln und nach den langjährigen Bemühungen des Bezirks die Nachmittagsbetreuung endlich auf gesicherte und räumlich angemessene Beine zu stellen. Der neue Trakt in der Belvederegasse wird Küche, Speisesäle und Freizeiträume umfassen und auch vermehrten Fußgänger:innenverkehr zwischen Hauptgebäude und Nebengebäude mit sich bringen. Es ist daher wichtig, den öffentlichen Raum auf diese neuen Verkehrsströme hin auszurichten und diese vor allem auf die Perspektive von Volksschulkindern zu orientieren und den öffentlichen Raum für alle nutzbringend zu gestalten. Der Bezirk hat hierzu bereits wichtige Vorarbeiten geleistet, einerseits durch die Akquirierung und den Umbau des Gebäudes selbst, andererseits auch, indem im Zuge der Umsetzung der Fahrradstraße Argentinierstraße die Belvederegasse von einer Durchzugsstraße zu einer verkehrsberuhigten Sackgasse ohne Durchzugsmöglichkeit für den motorisierten Individualverkehr umgewandelt wurde. Im Zuge der Planung sollen auch mögliche Attraktivierungen des öffentlichen Raums durch Sitzgelegenheiten, Begrünungen und Baumpflanzungen umgesetzt werden.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 18.12.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte und der Klub der Grünen Wieden den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Erweiterung des Diodato-Parks

Die Magistratsabteilung 69 wird gebeten, unter Einbeziehung der Frau Bezirksvorsteherin neuerlich mit den Liegenschaftseigentümern der an den Diodato-Park angrenzenden, als Parkanlage gewidmeten Fläche (Schäffergasse 8) in Verhandlungen zu treten, um eine weitere Erweiterung des Diodato-Parks zu ermöglichen.

Die Frau Bezirksvorsteherin möge im Bauausschuss regelmäßig über neue Entwicklungen berichten.

Begründung:

Die Bezirksvertretung Wieden verfolgt seit vielen Jahren das Ziel, den Johannes-Diodato-Park in Richtung der am Nachbargrundstück als Parkfläche gewidmeten Hoffläche zu erweitern. Da trotz intensiver Bemühungen der Stadt und des Bezirks um den Ankauf dieser Fläche bislang kein Verkaufsinteresse der Eigentümer bestanden hat, wurde in der letzten Periode eine Parkerweiterung in Richtung der öffentlichen Verkehrsfläche vorgenommen und auf Basis einer umfassenden Planungsstudie und eines intensiven Beteiligungsverfahrens, die Schäffergasse umgestaltet und begrünt. Nunmehr zeichnet sich aufgrund neuerlicher Gespräche eine gewisse Bereitschaft innerhalb der Eigentümergemeinschaft ab, einen Verkauf doch in Erwägung zu ziehen. Die Magistratsabteilung 69 wird daher ersucht, zeitnah neuerlich in Gespräche einzutreten, um allfällige Chancen auf einen Ankauf und eine damit mögliche substanzielle Erweiterung des Diodato-Parks abzuklären und gegebenenfalls unverzüglich zu realisieren.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 18.12.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Begrünung der Johann-Strauß-Gasse im Abschnitt zwischen Wiedner Hauptstraße und Rainergasse im Sinne der Erweiterung der bestehenden Baumallee

Die zuständige Magistratsabteilung 28 wird unter Einbeziehung der Verkehrsbehörde, die Magistratsabteilung 46, darum gebeten, unter Bedachtnahme der Ergebnisse des Prozesses der umfassenden Bürger:innenbeteiligung von Seiten der Frau Bezirksvorsteherin, für die Johann-Strauß-Gasse im Abschnitt zwischen Wiedner Hauptstraße und Rainergasse ein Straßenbauprojekt auszuarbeiten, das den genannten Straßenabschnitt unter Aufrechterhaltung des Fließverkehrs, insbesondere von Seiten der Buslinie 13A, begrünt und die Baumallee in diesen bislang nicht begrüntem Abschnitt erweitert. Das Projekt möge so geplant werden, dass es unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit unmittelbar im Anschluss an die Rohrneuverlegung der Magistratsabteilung 31 umgesetzt werden kann. Die Ergebnisse der Planungen sind der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Beratung in der nächsten Verkehrs- und Planungskommission vorzulegen.

Begründung

Derzeit finden im oben genannten Straßenabschnitt notwendige Arbeiten der Magistratsabteilung 31 zur Modernisierung der Wasserleitungsinfrastruktur statt. Bisherige gehäufte Gebrechen in diesem Abschnitt haben die Magistratsabteilung 31 dazu veranlasst, rasche Schritte der Modernisierung einzuleiten und die Straße aufzugraben. Die Arbeiten in diesem Abschnitt werden voraussichtlich im März 2025 abgeschlossen sein. Die Bezirksvorsteherung Wieden hat diese erforderlichen Arbeiten dazu genutzt, die Wohnbevölkerung der Gasse sowie der unmittelbaren umliegenden Umgebung dahingehend zu befragen, ob sie – aufgrund vorhandener Synergieeffekte – für Begrünungen genutzt werden sollen. Dabei wurden auch konkrete Bedürfnisse und Wünsche abgefragt. Die Ergebnisse



Bezirksorganisation Wieden

werden aller Voraussicht nach noch vor Weihnachten vorliegen. Erfahrungsgemäß ist davon auszugehen, dass Wünsche nach Begrünung im Vordergrund stehen werden. Da sich in der Johann-Strauß-Gasse bereits eine Baumallee befindet, würde sich insbesondere eine Erweiterung in Richtung der Wiedner Hauptstraße anbieten. Der vorliegende Antrag soll die Beschlusslage dafür schaffen, das Projekt entsprechend der konkreten Bedürfnisse und Wünsche der Anwohner:innen auszuarbeiten und zeitnahe umzusetzen, damit die Wiederherstellung des Straßenabschnitts gleich für die Attraktivierung des öffentlichen Raums genutzt werden kann.

Zuweisungsantrag

zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18.12.2025

Antrag 6 : Begrünung der Johann-Strauß-Gasse im Abschnitt zwischen Wiedner Hauptstraße und Rainergasse im Sinne der Erweiterung der bestehenden Baumallee

Ich stelle den Antrag auf Zuweisung in die Verkehrs- um Planungskommission

Philipp Wörndle

Klubobmann

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 18.12.2025 stellen der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte und der Klub der Grünen Wieden den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Offensive Kultur- und Sozialarbeit am Südtiroler Platz

Die zuständigen Magistratsabteilungen 7 und 13 werden ersucht, in Abstimmung mit der Frau Bezirksvorsteherin eine Verstärkung der Kulturangebote und der Sozialarbeit mit dichterem Betreuungs- und Angebotsintervall im Jahr 2026 umzusetzen.

Begründung:

Der Südtiroler Platz ist als von der Favoritenstraße durchschnittene Gestaltungsfläche in unmittelbarer Nachbarschaft zum Hauptbahnhof und Wiedner Gürtel mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. In den Jahren 2015/16 erfolgte in enger Kooperation zwischen Bezirksvorsteher Leo Plasch und Planungsstadträtin Maria Vassilakou ein umfassendes Beteiligungs- und Umgestaltungsprojekt, mit dem der Platz neugestaltet, zusätzlich begrünt und eine Reihe von Problemzonen (Müllstelle, fehlende Gehsteige etc.) beseitigt werden konnten. Gerade vor dem Hintergrund des nahegelegenen Verkehrsknotenpunkts Hauptbahnhof kommt es immer wieder zu Zwischenfällen innerhalb dort aufhältiger sozialer Randgruppen, aber auch zu verbotenen Handlungen im Bereich der Kleinkriminalität. Während letzteres eindeutig die Stärkung lokaler polizeilicher Ressourcen erfordert, bekennt sich die Bezirksvertretung dazu, die sozialarbeiterischen Angebote vor Ort auszubauen. Gleichzeitig soll durch einen neuerlichen Ausbau der Kulturangebote am Südtiroler Platz, die auch in der Vergangenheit bereits gesetzt wurden, die Attraktivität und Nutzbarkeit des Platzes für alle Bezirksbewohner:innen verstärkt werden. Der für Alltagswege sehr stark frequentierte Südtiroler Platz soll als ein für alle Anwohnenden angenehmer und einladender Durchgangsraum und Aufenthaltsort attraktiviert werden. Durch die Stärkung der sozialen Arbeit soll auch die Arbeit mit dort aufhältigen sozialen Randgruppen intensiviert werden.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 18.12.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Optimierung der Ampeln auf der Wiedner Hauptstraße an den Kreuzungen Johann-Strauß-Gasse und Schönburgstraße

Die zuständige Magistratsabteilung 33 wird gebeten, in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 46 die beiden Verkehrslichtsignalanlagen auf der Wiedner Hauptstraße an den Kreuzungen mit der Johann-Strauß-Gasse und der Schönburgstraße hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit zu überprüfen und Optimierungen des Verkehrsdurchflusses zu planen. Dies ist insbesondere aufgrund des Verkehrsprojekts des Lückenschlusses im Radwegenetz zwischen Johann-Strauß-Gasse und dem Bezirk Margareten erforderlich, das die Einspurigkeit der Wiedner Hauptstraße nun durchgängig umsetzt.

Begründung

Die Wiedner Hauptstraße zeichnet sich im angeführten Abschnitt durch zu Stoßzeiten stockenden Verkehr aus, insbesondere hinsichtlich des stadteinwärts fahrenden motorisierten Individualverkehrs. Die Bezirksvertretung spricht sich für die Priorisierung und Beschleunigung des Öffentlichen Verkehrs sowie für verkehrssichere Querungsrelationen für Fußgänger:innen aus. Gleichzeitig stellt sich jedoch die Frage, ob der angesprochene Verkehrsfluss durch neue Ampelprogramme verbessert werden könnte. Der Umbau der Kreuzung Johann-Strauß-Gasse bietet die Gelegenheit, die erforderliche Anpassung der Verkehrslichtsignalanlage an der Kreuzung auch für eine generelle Optimierung der Wiedner Hauptstraße zu nutzen.



**ZUWEISUNGSANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG
DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025**

**ANTRAG 8: OPTIMIERUNG DER AMPELN AUF DER WIEDNER
HAUPTSTRASSE AN DEN KREUZUNGEN JOHANN-STRAUSS-GASSE UND
SCHÖNBURGSTRASSE**

Der Bezirksvorsteherin-Stellvertreter der Grünen Wieden Pascal Riepl stellt den Antrag auf Zuweisung in die

Verkehrs- und Planungskommission

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 18.12.2025 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend die

Verstärkung des öffentlichen Verkehrs in der Weihnachtsmarkt- und Adventzeit

Die zuständige amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird gebeten, die Wiener Linien anzuweisen, die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Verkehrs in der Weihnachtsmarkt- und Adventzeit an die gesteigerten Fahrgastzahlen anzupassen, damit die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs sichergestellt werden kann. Dies trifft insbesondere auf die, auf dem Gebiet der Wieden verkehrenden Linien D, 1 und 13A zu, die durch das Weihnachtsgeschäft, die beiden Weihnachtsmärkte im Belvedere und im Resselpark sowie durch den Tourismusboom von besonders gesteigerten Fahrgastzahlen betroffen sind.

Begründung

Die Wiener Linien tragen maßgeblich dazu bei, dass Wiens Lebensqualität ein hohes und weltweit einzigartiges Niveau bescheinigt wird. Wien ist die Stadt der Gemütlichkeit und der Weihnachtsmärkte und viele Menschen sind davon zu Recht angezogen. Gerade in der Weihnachtszeit, wo Wien von vielen Menschen besucht wird und ohnehin viele Menschen für Besorgungen und den Ausklang des Jahres unterwegs sind, stehen die Wiener Linien vor großen Herausforderungen, besonders viele Menschen zu befördern. Die Bezirksvertretung Wieden anerkennt diese Herausforderungen und auch die Leistungen der Wiener Linien. Gleichzeitig muss darauf hingewiesen werden, dass die mobilisierten Ressourcen gerade in der Weihnachtszeit künftig erhöht werden müssen. In diesem Sinne wird darum gebeten, für die kommende Weihnachtssaison auf eine Verringerung der Intervalle zu setzen und mehr Verkehrsmittel einzusetzen.

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025



SICHERE SCHULWEGE UND KLIMAAANPASSUNG: FUßGÄNGER:INNENZONE BELVEDEREGASSE ZWISCHEN ST.-ELISABETH-PLATZ UND VIKTORGASSE

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die Magistratsabteilungen 28 und 46 werden ersucht, im Zuge der Erstplanung für die Belvederegasse zwischen St.-Elisabeth-Platz und Viktorgasse eine Fußgänger:innenzone oder eine vergleichbare Verkehrsordnung vorzusehen, die sicherstellt, dass Kinder die gesamte Fläche frei und sicher nutzen können, wobei

- die Zufahrt zu den bestehenden Garagenplätzen weiterhin zulässig bleibt und
- die Durchfahrt mit dem Fahrrad weiterhin gestattet ist.

Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass

- vor dem Gebäude der Nachmittagsbetreuung ausreichend Aufenthalts- und Bewegungsfläche geschaffen wird,
- für den Schüler:innenwechsel zwischen den Schulgebäuden ausreichend, gut organisierter und sicherer Platz vorgesehen wird, und
- der Bodenbelag als heller, wasserdurchlässiger Pflasterbelag ausgeführt wird, um Regenwasser bestmöglich versickern zu lassen, das Mikroklima zu verbessern und die sommerliche Überhitzung zu reduzieren.

Die Gestaltung hat mit maximal möglicher Begrünung zu erfolgen, insbesondere durch biodiverse Bepflanzung und die Pflanzung von so vielen zusätzlichen Bäumen wie möglich.

Begleitend zur weiteren Planung soll eine niederschwellige Möglichkeit zur Rückmeldung für Bewohner:innen sowie Schulpartner:innen (Eltern, Lehrer:innen, Schüler:innen) vorgesehen werden.

BEGRÜNDUNG:

Zwischen der Elisabethschule am St.-Elisabeth-Platz und der neuen Nachmittagsbetreuung in der Belvederegasse, die ab Herbst 2026 in Betrieb gehen soll, steht den Schüler:innen derzeit lediglich ein rund 1,4 Meter schmaler

Gehsteig ohne Vorplatz zur Verfügung. Dieser schmale Gehsteig ist für das sichere Ankommen, Abholen und den Wechsel der Kinder zwischen Schule und Nachmittagsbetreuung unzureichend und führt zu gefährlichen Situationen, insbesondere zu den Bring- und Abholzeiten.



Eine als Fußgänger:innenzone gewidmete Belvederegasse in diesem Abschnitt schafft einen sicheren Schulweg und einen kindgerechten Vorbereich, ohne dass die Zufahrt zu den Garagenplätzen oder die Benützung mit dem Fahrrad eingeschränkt werden muss. Der Wegfall einiger weniger Stellplätze steht in keinem Verhältnis zum erheblichen Sicherheits- und Komfortgewinn für die Kinder und ihre Begleitpersonen.

Die extensive Begrünung mit Bäumen und biodiversen Beeten sowie ein heller, wasserdurchlässiger Belag leisten zudem einen wichtigen Beitrag zur Klimawandelanpassung im dicht verbauten Grätzl, verbessern die Aufenthaltsqualität und tragen zur Entsiegelung und Kühlung des öffentlichen Raums bei.

David Siebert
Bezirksrat

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter



Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 stellt der Klubobmann von NEOS Philipp Wörndle nachstehenden

Abänderungsantrag

Antrag 12 : Sichere Schulwege und Klimaanpassung: Fußgänger:Innenzone Belvederegasse zwischen St.-Elisabeth-Platz und Viktorgasse

Die Textpassage „die Zufahrt zu den bestehenden Garagenplätzen weiterhin zulässig bleibt“

soll

„die Zufahrt zu den bestehenden Garagenplätzen und Wohnstätten der Anrainer:innen für Ladetätigkeiten weiterhin zulässig bleibt“

lauten.

Philipp Wörndle

Klubobmann

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025



ENTSORGUNGSBOXEN FÜR SPRITZEN UND KONSUMEQUIPMENT

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die Magistratsabteilung 48 wird ersucht, im Alois-Drasche-Park, im Karl-Landsteiner-Park sowie am Südtirolerplatz geeignete Boxen zur sicheren Entsorgung von Spritzen und Konsumequipment zu installieren. Dabei ist sicherzustellen, dass die Standorte gut zugänglich, sicher und regelmäßig gewartet werden.

BEGRÜNDUNG:

In den genannten Bereichen kommt es immer wieder zu Funden von gebrauchten Spritzen und Konsumutensilien. Dies stellt eine Gefahr für Kinder, Jugendliche und Erwachsene dar, die die Parks und Plätze nutzen, und beeinträchtigt die Sicherheit sowie das subjektive Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum.

Die Anbringung von Entsorgungsboxen bietet eine niederschwellige Möglichkeit für Konsumierende, ihr Equipment sicher und hygienisch zu entsorgen. Damit wird nicht nur die Gefahr von Verletzungen und Infektionen reduziert, sondern auch ein Beitrag zu einem sauberen und sicheren Bezirk geleistet.

Durch die Maßnahme übernimmt die Bezirksvertretung Wieden Verantwortung: für die Gesundheit der Bevölkerung, für die Sicherheit im öffentlichen Raum und für einen respektvollen, unterstützenden Umgang mit Menschen, die Substanzen konsumieren. Dabei werden auch Menschen, die Drogen konsumieren, respektvoll behandelt und erhalten Unterstützung – anstatt ausgegrenzt zu werden. Ziel ist es, allen Beteiligten Würde, Sicherheit und Zugang zu Hilfsangeboten zu gewährleisten.

Zuweisungsantrag

zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18. Dezember 2025

Betrifft Antrag Nr. 13 Entsorgungsboxen für Spritzen und Konsumequipment

Ich stelle den Antrag auf Zuweisung in die Sozialkommission.

Ursula Prager-Ramsa

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025



SICHERER KONSUMRAUM AM SÜDTIROLERPLATZ UND UMGEBUNG

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Der amtsführende Stadtrat Peter Hacker wird ersucht, die Möglichkeiten zur Errichtung eines sicheren Konsumraums im Bereich des Südtirolerplatzes und seiner Umgebung zu prüfen.

BEGRÜNDUNG:

Der Südtirolerplatz und seine Umgebung sind seit Jahren ein Hotspot für offenen Drogenkonsum. Immer wieder kommt es auch zu Funden von Spritzen und Konsumequipment im öffentlichen Raum, was nicht nur eine Gefahr für Kinder, Jugendliche und Erwachsene darstellt, sondern auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinträchtigt.

Ein sicherer Konsumraum bietet eine menschenwürdige Lösung: Er reduziert gesundheitliche Risiken wie Infektionen und Überdosierungen, entlastet den öffentlichen Raum und schafft einen geschützten Rahmen für Konsumierende. Gleichzeitig ermöglicht er den niederschweligen Zugang zu Beratung, medizinischer Betreuung und weiterführender Hilfe.

Internationale Erfahrungen zeigen, dass Konsumräume sowohl die öffentliche Sicherheit als auch die Gesundheit der Betroffenen verbessern. Mit einer solchen Einrichtung setzt die Bezirksvertretung Wieden ein klares Zeichen für einen realistischen, solidarischen und verantwortungsvollen Umgang mit dieser Herausforderung, die sowohl die Bedürfnisse der Konsumierenden als auch die Interessen der Anrainer:innen berücksichtigt.

Yvonne Schöll-Laussermayer
Klubobfrau Grüne Wieden

Zuweisungsantrag

zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18. Dezember 2025

Betrifft Antrag Nr. 14 Sicherer Konsumraum am Südtirolerplatz und Umgebung

Ich stelle den Antrag auf Zuweisung in die Sozialkommission.

Ursula Prager-Ramsa

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN, LINKS-WIEDEN UND NEOS IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025

ORANGE BANK GEGEN GEWALT AN FRAUEN – ALTERNATIVE UMSETZUNG

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden, der Klub von LINKS-Wieden und der Klub von NEOS stellen den folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, die Möglichkeiten zur Errichtung einer Bank mit der Aufschrift „Kein Platz für Gewalt an Frauen“ und dem Frauennotruf im Bereich der Wieden zu prüfen. Dabei soll insbesondere untersucht werden, unter welchen gestalterischen Umständen eine solche Bank – etwa durch alternative Farbgestaltung, künstlerische Elemente oder ergänzende Plaketten – in das Stadtbild passt und wie die Umsetzung erfolgen kann.

BEGRÜNDUNG:

Gewalt an Frauen* ist nach wie vor ein ernstes gesellschaftliches Problem. Mit einer sichtbaren Markierung im öffentlichen Raum soll ein deutliches Zeichen gesetzt werden, dass Gewalt an Frauen keinen Platz hat. Gleichzeitig bietet die Kombination mit analogen und digitalen Hinweisen Betroffenen eine niederschwellige Möglichkeit, Informationen über Beratungs- und Unterstützungsangebote zu erhalten.

Die bisherige Diskussion hat gezeigt, dass eine vollständig orange gefärbte Bank aus gestalterischer Sicht nicht in das einheitliche Stadtbild passt. Um dennoch die wichtige Botschaft sichtbar zu machen, soll die Stadträtin alternative Umsetzungsformen prüfen, die sowohl die gestalterischen Anforderungen der Stadt Wien berücksichtigen als auch die politische und gesellschaftliche Botschaft klar transportieren.

Wir sind überzeugt, dass mit Entschlossenheit und Kreativität, Lösungen gefunden werden können, um die klare Botschaft „Kein Platz für Gewalt an Frauen“ Teil des Stadtbilds werden zu lassen.

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN, DES KLUBS DER SOZIALDEMOKRATISCHEN
BEZIRKS RÄT*INNEN UND DES KLUBS VON LINKS-WIEDEN IN DER SITZUNG
DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025**

**GEDENK- UND SENSIBILISIERUNGSVERANSTALTUNG IM AMTSHAUS ZUM
NATIONALSOZIALISMUS UND FASCHISMUS**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte und die Bezirksrätinnen von LINKS-Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die zuständige Magistratsabteilung 7 wird ersucht, in Abstimmung mit dem Bezirk und in Kooperation mit anerkannten Fachorganisationen wie ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit, dem Mauthausen-Komitee Österreich (MKÖ) oder dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) Workshopangebote für Schulen bzw. an öffentlichen Orten auf der Wieden zu entwickeln. Darin soll eine Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus, den Gefahren des Faschismus und aktuellen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus erfolgen und die Bevölkerung für demokratische Werte und Zivilcourage sensibilisiert werden.

BEGRÜNDUNG:

Anlässlich der jüngsten Hakenkreuzbeschlammungen am Elisabethplatz zeigt sich erneut, dass rechtsextreme Symbole und Ideologien auch heute noch präsent sind und das gesellschaftliche Klima vergiften. Solche Vorfälle sind nicht bloß Sachbeschädigungen, sondern Angriffe auf die Würde und Sicherheit aller Menschen im Bezirk.

Gerade in einem vielfältigen und offenen Bezirk wie der Wieden ist es unsere Verantwortung, ein klares Zeichen gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Faschismus zu setzen. Eine Gedenk- und Sensibilisierungsveranstaltung im Amtshaus bietet die Möglichkeit, historische Verantwortung mit aktueller Aufklärung zu verbinden, Betroffene zu stärken und die Zivilgesellschaft zu ermutigen, aktiv gegen Hass und Hetze einzutreten.

Durch die Zusammenarbeit mit Fachorganisationen wie ZARA und dem DÖW wird gewährleistet, dass die Veranstaltung sowohl fachlich fundiert als auch praxisnah gestaltet ist. Damit trägt die Bezirksvertretung Wieden dazu bei, Erinnerungskultur lebendig zu halten und demokratische Werte im Alltag zu verankern.

RESOLUTIONSANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025



MENSCHENRECHTE SIND UNVERHANDELBAR

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Wieden bekennt sich ausdrücklich zu den universellen Menschenrechten und zur Verantwortung, diese im Bezirk sichtbar zu machen und zu stärken.

BEGRÜNDUNG:

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde am 10. Dezember 1948 von den Vereinten Nationen verabschiedet und bildet bis heute die Grundlage für Freiheit, Gleichheit und Würde aller Menschen. Dennoch werden Menschenrechte weltweit und auch in Österreich immer wieder verletzt oder eingeschränkt.

Gerade in Zeiten, in denen populistische Kräfte versuchen, Menschenrechte zu relativieren oder bestimmte Gruppen auszugrenzen, ist es notwendig, ein klares Zeichen zu setzen: Menschenrechte gelten universell – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion oder sozialem Status. Wer diese Rechte in Frage stellt, stellt die Grundpfeiler unserer Demokratie in Frage.

Die Bezirksvertretung Wieden hat die Verantwortung, sich eindeutig zu positionieren. Der Tag der Menschenrechte ist eine Gelegenheit, sichtbar zu machen, dass wir Diskriminierung und Hetze entschieden entgegentreten. Menschenrechte sind nicht verhandelbar – sie sind die Basis unseres Zusammenlebens und unseres politischen Handelns.

Yvonne Schöll-Laussermayer
Klubobfrau Grüne Wieden

**RESOLUTIONSANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN UND
DES KLUBS DER SOZIALDEMOKRATISCHEN
BEZIRKS RÄT*INNEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM
18. DEZEMBER 2025**

NUR JA HEISST JA

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden und der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrät*innen stellen den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich anlässlich der „16 Tage gegen Gewalt an Frauen* und Mädchen*“ für echte sexuelle Selbstbestimmung und einen wirksamen Schutz für Betroffene auf der Wieden von sexualisierter und jeder Form von Gewalt aus.

BEGRÜNDUNG:

Nach wie vor erlebt in Österreich jede dritte Frau* im Laufe ihres Lebens körperliche oder sexualisierte Gewalt. Jede 11. Frau wird vergewaltigt. Hinter diesen Zahlen stehen Mütter, Töchter, Freundinnen, Kolleginnen – Frauen* aus jeder Altersgruppe, jedem Beruf und jeder Nachbarschaft. Meistens sind es Männer aus dem nahen Umfeld, die Gewalt ausüben, oft in den eigenen vermeintlich sicheren vier Wänden.

„16 Tage gegen Gewalt an Frauen* und Mädchen*“

Seit 1992 beteiligt sich Österreich an der internationalen Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen* und Mädchen*“, die jedes Jahr vom Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen* am 25. November bis zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember stattfindet. Die Aktionstage sind den vielen Mädchen* und Frauen* gewidmet, deren Leben von Gewalterfahrungen und ständiger Angst geprägt ist und immer noch viel zu oft mit dem gewaltsamen Tod endet. In Österreich zählen wir dieses Jahr bereits 14 Femizide (Frauen*morde).

Auf der ganzen Welt machen Fraueninitiativen in diesen Zeitraum auf das Recht auf ein gewaltfreies Leben aufmerksam.

Gewalt an Frauen* betrifft uns alle.

Gewalt an Frauen* und Mädchen* darf nicht länger akzeptiert werden! Darum sind uns die „16 Tage“ auch Anlass, solidarisch und gegen jede Form von aufzustehen! Es geht um das Recht aller Frauen* auf ein Leben ohne Angst und Gewalt – und um eine Gesellschaft, die Verantwortung übernimmt, anstatt wegzuschauen.



Gewalt

Klare Gesetze helfen mehr als Betroffenheit

Auch in Österreich ist Sex ohne Einwilligung nicht automatisch strafbar. Es braucht endlich die Einführung des Prinzips „Nur Ja heißt Ja“ ins Strafgesetzbuch, Schutzzonen vor Abtreibungskliniken und konsequenten Gewaltschutz.

Yvonne Schöll-Laussermayer
Klubobfrau Grüne Wieden

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN UND DES KLUBS VON
LINKS-WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025**

**ENTSIEGELUNG RECHTESTE AUTOSPUR AM ÄUSSEREN WIEDNER GÜRTEL
ZWISCHEN SÜDTIROLER PLATZ UND GERTRUDE-FRÖHLICH-SANDNER-
STRASSE**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden und die Bezirksrätinnen von LINKS-Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die Magistratsabteilungen 28, 42 und 46 werden ersucht, die Entsiegelung und Begrünung der äußersten Spur am Wiedner Gürtel zwischen Südtiroler Platz bis ca. 50m vor der Gertrude-Fröhlich-Sandner-Straße zu prüfen und gegebenenfalls durchzuführen.

BEGRÜNDUNG:

Die erst vor wenigen Jahren errichtete äußerste Autospur am Wiedner Gürtel ist selbst zu absoluten Stoßzeiten wenig bis gar nicht genutzt. Man kann beobachten dass teilweise über mehrere Stunden kein KFZ diese Spur befährt.

In Zeiten des fortschreitenden Klimawandels und der damit verbunden Hitzeentwicklung in der Stadt sind Asphaltflächen wie diese wieder zu entsiegeln und zu begrünen.

Es würde sich die Möglichkeit einer Blumenwiese, einer Bepflanzung mit Bäumen oder auch die Errichtung einer dringend benötigten Hundezone ergeben.

David Siebert
Bezirksrat



Zuweisungsantrag

zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18. Dezember 2025

Betrifft Antrag Nr. 19 Entsiegelung rechteste Autospur am äußeren Wiedner Gürtel zwischen Südtiroler Platz und Gertrude-Fröhlich-Sandner-Straße

Ich stelle den Antrag auf Zuweisung in die Verkehrs- und Planungskommission

Ursula Prager-Ramsa

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025



BLÜHENDE WIESEN STATT KURZRASEN: ÖKOLOGISCHE AUFWERTUNG DER GRÜNINSELN ZWISCHEN DEN GÜRTELSPUREN

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die Magistratsabteilung 42 – Wiener Stadtgärten wird ersucht, sämtliche derzeit als kurzgeschorene Rasenflächen geführten Grüninseln zwischen den Gürtelspuren im Bereich des 4. Bezirks auf blühende, biodivers gestaltete Wiesen umzustellen.

Dabei ist insbesondere sicherzustellen, dass

- artenreiche, insektenfreundliche Wiesenmischungen verwendet werden und
- die Pflege auf ein- bis maximal zweimalige Mahd pro Jahr umgestellt wird.

BEGRÜNDUNG:

Die aktuell mit kurzgeschorenem Rasen ausgestatteten Grüninseln zwischen den Gürtelspuren haben aus ökologischer Sicht kaum Mehrwert: Sie bieten nur sehr eingeschränkt Lebensraum für Insekten, Vögel und andere Kleintiere und tragen wenig zur Biodiversität in der Stadt bei. Für die Bevölkerung sind diese Flächen an dieser stark befahrenen Straße faktisch nicht nutzbar.

Durch die Umstellung auf blühende, biodivers gestaltete Wiesen können die brachliegenden Flächen ökologisch deutlich aufgewertet werden. Blühende Wiesen fördern Bestäuberinsekten, erhöhen die Artenvielfalt und verbessern das Mikroklima. Zugleich entsteht ein optisch ansprechenderes, „grüneres“ Straßenbild entlang des Gürtels.

Hinzu kommt, dass extensiv gepflegte Wiesenflächen nur ein- bis zweimal im Jahr gemäht werden müssen. Im Vergleich zu den derzeit häufig gemähten Rasenflächen werden dadurch langfristig Pflegeaufwand und Kosten reduziert und weniger personelle Ressourcen der MA 42 gebunden.

Zwischen den Gürtelspuren befinden sich Hunderte Quadratmeter solcher bislang ökologisch weitgehend unnützer Rasenflächen, die durch diese Maßnahme zu wertvollen, bunten Stadtbiotopen werden können.



Pascal Riepl

Bezirksvorsteherin-Stellvertreter

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025**

ZUSÄTZLICHE RADABSTELLANLAGE AM HUGO-WIENER-PLATZ

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die Magistratsabteilungen 28 und 46 werden ersucht, die zusätzliche Aufstellung von Radabstellanlagen am und um den Hugo-Wiener-Platz zu prüfen und gegebenenfalls zu errichten.

BEGRÜNDUNG:

Obwohl es derzeit schon recht viele Radabstellplätze um den Hugo-Wiener-Platz, der Kleinen Neugasse, dem Mittersteig, der Rienößlgasse gibt, sind diese meistens komplett überfüllt. Fahrräder werden dann an den umliegenden Verkehrsschildern und den Umzäunungen der Grünbeete abgestellt. Dies stellt im schlimmsten Fall eine Behinderung für Fußgänger:innen dar.

David Siebert
Bezirksrat

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN, KLUB VON NEOS UND LINKS-WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025

SPERRMÜLLTAG AUF DER WIEDEN – EINMAL JÄHRLICH

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden, die Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS und die Bezirksrätinnen von LINKS-Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die Magistratsabteilung 48 wird ersucht, in der Wieden einmal jährlich einen Sperrmülltag zu organisieren, bei dem Bewohner:innen ihre sperrigen Abfälle kostenlos und unkompliziert entsorgen können. Dabei ist sicherzustellen, dass die Abgabe niederschwellig erfolgt, die Standorte gut erreichbar sind und eine begleitende Information der Bevölkerung rechtzeitig stattfindet.

BEGRÜNDUNG:

Immer wieder kommt es im Bezirk zu illegal abgestelltem Sperrmüll im öffentlichen Raum. Dies beeinträchtigt nicht nur das Erscheinungsbild der Wieden, sondern führt auch zu unnötigen Gefahrenstellen für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen. Gleichzeitig zeigt sich, dass viele Bewohner*innen keine einfache Möglichkeit haben, größere Gegenstände fachgerecht zu entsorgen.

Ein jährlich organisierter Sperrmülltag bietet eine niederschwellige und umweltgerechte Lösung: Es erleichtert die legale Entsorgung, entlastet die Infrastruktur und trägt zu einem sauberen und sicheren Bezirk bei. Durch eine begleitende Informationskampagne kann die Bevölkerung rechtzeitig auf die Möglichkeit hingewiesen werden, sodass eine breite Teilnahme gewährleistet ist.

Damit wird sowohl die Lebensqualität im Bezirk erhöht als auch ein Beitrag zu nachhaltiger Abfallwirtschaft und gelebter Verantwortung gegenüber dem öffentlichen Raum geleistet.

Yvonne Schöll-Laussermayer
Klubobfrau Grüne Wieden

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025****SICHERER SCHULWEG IN DER KLEINSCHMIDGASSE – ERRICHTUNG EINES
POLLERS**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die Magistratsabteilungen 28 und 46 werden ersucht, im Bereich des Durchgangs in der Kleinschmidgasse von der Schäffergasse kommend einen baulichen Poller (bzw. eine geeignete Absperrvorrichtung) zu errichten, der die Zufahrt für KFZ von der Schäffergasse in die Kleinschmidgasse unterbindet, um das Befahren und illegale Parken am Gehsteig dauerhaft zu verhindern. Dabei ist sicherzustellen, dass gegebenenfalls notwendige Zufahrtsmöglichkeiten für Einsatzfahrzeuge weiterhin gewährleistet bleiben.

BEGRÜNDUNG:

In einer schriftlichen Antwort der Bildungsdirektion an eine Bürgerin wurde ausdrücklich festgehalten, dass das illegale Parken am Gehsteig im Bereich der Kleinschmidgasse nicht über die Rienößlgasse erfolgte, sondern die Zufahrt über die Schäffergasse und Kleinschmidgasse genommen wurde.

Bei der Kleinschmidgasse handelt es sich um einen wichtigen und stark frequentierten Schulweg. Dieser Bereich darf keinesfalls als Straße für Autos oder LKWs verwendet werden – weder zum Befahren noch zum Halten oder Parken. Das wiederholte widerrechtliche Befahren gefährdet die Sicherheit der Schüler:innen und widerspricht den geltenden Verkehrsregeln.

Durch die Errichtung eines Pollers vor dem Durchgang von der Schäffergasse in die Kleinschmidgasse kann die illegale Nutzung dieses Gehsteigbereichs als Fahr- und Parkfläche effektiv unterbunden und die Sicherheit der Kinder auf ihrem Schulweg nachhaltig erhöht werden.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter

Zuweisungsantrag

zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18. Dezember 2025

Betrifft Antrag Nr. 23 Sicherer Schulweg in der Kleinschmidgasse – Errichtung eines Pollers

Ich stelle den Antrag auf Zuweisung in die Verkehrs- und Planungskommission

Ursula Prager-Ramsa

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025****VERBREITERUNG DES GEHSTEIGS IM BEREICH DER 13A-STATION
BELVEDEREGASSE**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die Magistratsabteilung 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) wird ersucht, gemeinsam mit der Magistratsabteilung 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) eine Verbreiterung des Gehsteigs im Bereich der 13A-Station Belvederegasse zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

BEGRÜNDUNG:

Der Gehsteig im Bereich der 13A-Haltestelle Belvederegasse ist derzeit deutlich zu schmal dimensioniert, um den dort herrschenden Fußgängerverkehr sicher und komfortabel zu bewältigen. Durch wartende Fahrgäste, Passant:innen sowie Aussteigende aus dem Bus kommt es regelmäßig zu Gedränge, insbesondere zu Stoßzeiten.

Eine Verbreiterung des Gehsteigs würde die Verkehrssicherheit erhöhen, die Aufenthaltsqualität für Zufußgehende erhöhen, und den öffentlichen Raum an dieser Stelle aufwerten.

Hanna Rumpold
Bezirksrätin

Zuweisungsantrag

zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18. Dezember 2025

Betrifft Antrag Nr. 24 Verbreiterung des Gehsteigs im Bereich der 13A-Station
Belvederegasse

Ich stelle den Antrag auf Zuweisung in die Verkehrs- und Planungskommission

Ursula Prager-Ramsa

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025**



**RASCHE UMSTELLUNG DER BUSLINIE 13A AUF BATTERIEELEKTRISCHE BUSSE
ZUR REDUKTION VON LÄRM- UND SCHADSTOFFBELASTUNG**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin für die Wiener Stadtwerke, zuständig unter anderem für die Wiener Linien, wird ersucht, darauf hinzuwirken, dass die Autobuslinie 13A schnellstmöglich vollständig auf batteriebetriebene Elektrobusse umgestellt wird.

BEGRÜNDUNG:

In den letzten Monaten wurden in Wien wiederholt batterieelektrische Gelenksbusse – unter anderem in Liesing und Favoriten – im Testbetrieb eingesetzt. Schon seit geraumer Zeit stehen am Markt technisch ausgereifte Elektrobusse zur Verfügung, deren Reichweite den täglichen Einsatz auf Wiener Buslinien, auch in der kalten Jahreszeit, problemlos ermöglicht.

Die Linie 13A zählt zu den wichtigsten und meistfrequentierten Buslinien Wiens. Sie führt über weite Strecken durch enge Straßenzüge mit dichter Wohnbebauung. Dadurch sind die Anrainer:innen entlang der Strecke einer überdurchschnittlich hohen Schadstoff- und Lärmbelastung durch dieselbetriebene Busse ausgesetzt. Aus Gründen des Gesundheitsschutzes, des Klimaschutzes und der Lebensqualität im Grätzl ist es daher geboten, die Linie 13A zu den ersten Linien zu machen, die von Verbrennungsmotoren auf batterieelektrische Busse umgestellt werden.

Eine rasche Umstellung auf leise, lokal emissionsfreie Elektrobusse reduziert die Belastung für die Anwohner:innen deutlich, trägt zur Erreichung der Klimaziele der Stadt Wien bei und stärkt die Vorbildfunktion der Wiener Linien als modernes, umweltfreundliches Verkehrsunternehmen.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 stellt die sozialdemokratische Bezirksrätin Ursula Prager-Ramsa und der Bezirksrat von NEOS Philipp Wörndle nachstehenden

Abänderungsantrag

betreffend

Antrag 25: Rasche Umstellung der Buslinie 13A auf Batterieelektrische Busse zur Reduktion von Lärm- und Schadstoffbelastung

Der Antrag möge wie folgt abgeändert werden:

Im Antragstext ist die Wortfolge

„... vollständig auf batteriebetriebene Elektrobusse umgestellt wird“

zu ersetzen durch:

„... vollständig und dauerhaft auf batterie-elektrische Gelenkbusse oder Wasserstoff-Gelenkbusse umgestellt wird.“

Ursula Prager-Ramsa

Philip Wörndle

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025****TAKTVERDICHTUNG DER AUTOBUSLINIE 13A IN DEN SPITZENZEITEN**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin für die Wiener Stadtwerke, zuständig unter anderem für die Wiener Linien, wird ersucht, auf die Wiener Linien dahingehend einzuwirken, dass der Takt der Autobuslinie 13A in den morgendlichen und nachmittäglichen Spitzenzeiten (insbesondere ca. 7:00–9:00 Uhr sowie 16:00–19:00 Uhr) spürbar verdichtet wird.

BEGRÜNDUNG:

Die Linie 13A zählt zu den am stärksten frequentierten Buslinien Wiens. In den Stoßzeiten ist der Bus regelmäßig deutlich überfüllt. Fahrgäste müssen stehen bleiben oder in nachfolgende Busse ausweichen, Kinderwagen, Personen mit Mobilitätseinschränkungen und ältere Menschen haben oft Schwierigkeiten, überhaupt zuzusteigen.

Durch die starke Auslastung verlängern sich die Haltestellenaufenthalte, was den Fahrplan ins Rutschen bringt und das Vorankommen der Linie insgesamt verlangsamt. Eine Verdichtung des Takts in den Spitzenzeiten würde sowohl die Überfüllung entschärfen als auch die Fahrplanstabilität verbessern.

Zusätzlich steigert ein verlässliches, häufiges Angebot die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs insgesamt, unterstützt die Ziele der Stadt Wien im Bereich Klimaschutz und Mobilitätswende und erhöht die Lebensqualität der Anrainer:innen entlang der Linie 13A.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025

AMPELSCHALTUNG WIEDNER HAUPTSTRASSE VOR DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die Magistratsabteilung 33 wird ersucht, die Wartezeit für Zu-Fuß-Gehende an der Ampelkreuzung auf der Wiedner Hauptstraße vor der TU von derzeit über einer Minute auf 30 bis 50 Sekunden zu verkürzen.

BEGRÜNDUNG:

Für Zu-Fuß-Gehende zeigt die Ampel an dieser Kreuzung 1:04 min Rot, für Autos sind es 1:01 min. Der Verbrauch an Raum von einer Person im Auto im Vergleich zu einer Person zu Fuß ist ungleich größer. Das ist nur einer der Gründe, warum der Mobilität zu Fuß der Vorrang eingeräumt werden sollte. Zu-Fuß-Gehende sind außerdem im Gegensatz zu Autofahrer:innen Kälte, Lärm und Wind ausgesetzt, die Wartezeiten sollten auch deshalb für sie kürzer sein.

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 stellt die sozialdemokratische Bezirksrätin Ursula Prager-Ramsa nachstehenden

Abänderungsantrag

betreffend

Antrag 27: Ampelschaltung Wiedner Hauptstraße vor der Technischen Universität

Der Antrag möge wie folgt abgeändert werden:

Nach „wird ersucht,“ soll der Antrag

„zu überprüfen, ob und unter welchen Auswirkungen die Wartezeit für Zu-Fuß-Gehende an der Ampelkreuzung auf der Wiedner Hauptstraße vor der TU verkürzt werden kann und die Ergebnisse der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Beratung in der Verkehrs- und Planungskommission zu übermitteln.“

lauten

Ursula Prager-Ramsa

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025**



HAUPTRADVERKEHRSNETZ – LÜCKENSCHLUSS SCHÖNBURGSTRASSE

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die Magistratsabteilung 46 wird ersucht, den Abschnitt über die Schönburgstraße zwischen Rainergasse und Schelleingasse in das geplante Hauptradverkehrsnetz der Stadt Wien aufzunehmen.

BEGRÜNDUNG:

Erfreulicherweise sind bereits die Rainergasse sowie die Schönburgstraße zwischen Wiedner Hauptstraße und Rainergasse im geplanten Hauptradverkehrsnetz enthalten.

Der Lückenschluss über die Schönburgstraße von der Rainergasse bis zur Schelleingasse wäre für das Radverkehrsnetz des 4. Bezirks eine zusätzliche wichtige Verbindung und schließt eine derzeit bestehende Lücke. Durch diese Ergänzung würde die Netzqualität verbessert und eine durchgängige, sichere Radverbindung geschaffen.

Der gewünschte Lückenschluss ist in der beigefügten Skizze in Grün eingezeichnet.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025



KURZPARKZONE AUF DER WIEDNER HAUPTSTRASSE

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die Magistratsabteilung 46 wird ersucht, die Kurzparkzone auf der Wiedner Hauptstraße im 4. Bezirk so anzupassen, dass

1. für den gesamten Bereich der Wiedner Hauptstraße (inklusive des bisherigen Geschäftsstraßen-Bereichs) eine Kurzparkzone Montag bis Freitag von 9 bis 22 Uhr mit einer maximalen Parkdauer von 2 Stunden gilt und
2. im ausgewiesenen Bereich der Geschäftsstraße auf der Wiedner Hauptstraße zusätzlich – wie bisher – die besonderen Bestimmungen der Geschäftsstraße Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr mit einer maximalen Parkdauer von 1,5 Stunden aufrecht bleiben.

Damit ist im Bereich der Geschäftsstraße

- von 8 bis 18 Uhr die maximale Parkdauer 1,5 Stunden (Regelung Geschäftsstraße),
- von 18 bis 22 Uhr die maximale Parkdauer 2 Stunden (allgemeine Kurzparkzone 9–22 Uhr) wirksam.

Ein kostenfreies Parken ab 18 Uhr soll damit nicht mehr möglich sein.

BEGRÜNDUNG:

Im Bereich rund um den Naschmarkt wurde bereits eine Lösung umgesetzt, bei der nach Ende der dort geltenden Geschäftsstraßen-Kurzparkzone die „normale“ Kurzparkzone bis 22 Uhr in Kraft tritt. Dieses Modell stellt sicher, dass auch in den Abendstunden eine wirksame Parkraumbewirtschaftung stattfindet.

Eine entsprechende Regelung soll nun auch auf der Wiedner Hauptstraße eingeführt werden. Sie ermöglicht den Bewohnerinnen rund um die Wiedner Hauptstraße, in den Abendstunden leichter einen Parkplatz zu finden, und unterbindet gleichzeitig, dass Einpendlerinnen nach 18 Uhr mitten im 4. Bezirk kostenlos parken können.

Durch die Kombination aus Geschäftsstraße (8–18 Uhr, 1,5 Stunden) und anschließender Kurzparkzone bis 22 Uhr (2 Stunden) wird sowohl den Interessen des Geschäftsverkehrs als auch den Bedürfnissen der Anrainer*innen nach fairem Zugang zum öffentlichen Parkraum besser Rechnung getragen.



Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter

Zuweisungsantrag

zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18. Dezember 2025

Betrifft Antrag Nr. 29 Kurzparkzone auf der Wiedner Hauptstraße

Ich stelle den Antrag auf Zuweisung in die Verkehrs- und Planungskommission

Ursula Prager-Ramsa

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025**



WIEDERANBRINGUNG DER TAFEL „NATURDENKMAL“ IM ALOIS-DRASCHE-PARK

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die Magistratsabteilung 42 wird ersucht, bei dem im Alois-Drasche-Park als Naturdenkmal ausgewiesenen Baum die entsprechende Kennzeichnungstafel „Naturdenkmal“ wieder gut sichtbar anzubringen.

BEGRÜNDUNG:

Der betreffende Baum im Alois-Drasche-Park ist als Naturdenkmal ausgewiesen, derzeit fehlt jedoch die entsprechende Beschilderung. Eine klare und gut sichtbare Kennzeichnung trägt zur Sensibilisierung der Bevölkerung für den Wert dieses Baumes bei, erhöht das Bewusstsein für Naturdenkmäler im Bezirk und unterstützt den sorgsamen Umgang mit diesem besonders schützenswerten Naturgut.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter



**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025**



**ERRICHTUNG EINER SITZGELEGENHEIT IN DER RAINERGASSE ZWISCHEN
ORDNUNGSNUMMER 22 UND 24**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die Magistratsabteilungen 28 und 46 werden ersucht, die Errichtung einer oder mehrerer Sitzgelegenheiten in der Rainergasse am Vorsprung zwischen den Ordnungsnummern 22 und 24 zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

BEGRÜNDUNG:

Wenn im Winter die Sonne niedriger steht und der Vitamin-D-Mangel um sich greift, gibt es weniger öffentliche Orte auf der Wieden, an denen man am Nachmittag in direkten Kontakt mit der Sonne kommen kann.

Sofern nicht dichter Hochnebel über der Stadt liegt, wird die Rainergasse nachmittags in das goldene Licht der untergehenden Sonne getaucht. An solchen Sonnentagen bleiben häufig Passant:innen vor dem Vorsprung zwischen den Ordnungsnummer 22 und 24 stehen, um sich zu sonnen.

Da die Rainergasse an dieser Stelle besonders breit ist, würde es sich anbieten, hier einige Sitzgelegenheiten, wie zB eine Sitzbank und einen Einzelsitz, zu schaffen, um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen.

Hanna Rumpold
Bezirksrätin

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN UND DES KLUBS
VON LINKS-WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025**

STUDIE ZUR PARKRAUMBEWIRTSCHAFTUNG IM 4. BEZIRK

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden und die Bezirksrätinnen von LINKS-Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Der Magistrat der Stadt Wien möge eine detaillierte Studie zur Parkraumbewirtschaftung im 4. Bezirk beauftragen. Diese Studie soll insbesondere erheben, auf welcher rechtlichen Grundlage jedes einzelne im öffentlichen Raum abgestellte Fahrzeug parkt. Dabei soll – so fein gegliedert wie möglich – ausgewiesen werden,

- ob das abgestellte Fahrzeug über ein Parkpickerl des 4. Bezirks verfügt,
- ob es über ein Parkpickerl des 5. Bezirks verfügt,
- ob ein gültiger (digitaler oder analoger) Kurzparkschein gelöst wurde,
- ob ein 15-Minuten-Kurzparkschein verwendet wird,
- ob eine Tagespauschalkarte ausgefüllt wurde,
- ob eine Ausnahmegewilligung (z. B. Ärzt:in im Dienst, mobile Krankenpflege, Behindertenausweis) vorliegt,
- welche weiteren rechtlichen Möglichkeiten der legalen Abstellung genutzt werden (sollten derzeit nicht alle Varianten aufgezählt sein, sind sie dennoch in der Studie zu berücksichtigen).
- ob eine Ladetätigkeit stattfindet
- und ob kein gültiger Grund vorliegt und deshalb gestraft werden müsste.

Die Auswertung soll stundenweise erfolgen, damit ersichtlich wird, in welchen Zeiträumen besonders viele Fahrzeuge ohne Parkpickerl des 4. Bezirks im Bezirk abgestellt sind.

BEGRÜNDUNG:

In den letzten drei Jahren ist die Zahl der im 4. Bezirk gelösten Parkpickerl um rund 500 gesunken, gleichzeitig sind auch die Autozulassungen um rund 1.000 zurückgegangen. Umbau- und Begrünungsmaßnahmen haben im selben Zeitraum lediglich rund 250 Stellplätze umgewandelt.

Auf Basis dieser Zahlen lässt sich ein spürbar erhöhter Parkplatzdruck im Bezirk in keinsten plausibel erklären. Es liegt daher nahe, dass die in einer unzureichenden Parkraumbewirtschaftung und in zu vielen Ausnahmeregelungen liegt.



Weise
Ursache

Damit Bezirk und Stadt Wien künftig fundierte Entscheidungen treffen können – etwa, ob mehr Anrainerparkplätze geschaffen werden sollen, ob der Preis für die Kurzparkzone angepasst werden muss oder ob Ausnahmeregelungen eingeschränkt werden sollten – bedarf es einer umfassenden, datenbasierten Analyse. Die beantragte Studie soll klar darstellen, welche Gruppen den vorhandenen Parkraum tatsächlich nutzen und in welchem Umfang, um auf dieser Grundlage geeignete verkehrs- und parkpolitische Maßnahmen ableiten zu können.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter

RESOLUTIONSANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025



LÄRM – DER UNSICHTBARE KRANKMACHER

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Wieden anerkennt, dass Lärm, insbesondere Dauerlärm, eine erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität darstellt und nachweislich gesundheitsschädigende Auswirkungen hat. Die Bezirksvertretung Wieden bekennt sich dazu, Lärminderung als Ziel in Planungs- und Entwicklungsprozessen auf der Wieden stärker zu berücksichtigen.

BEGRÜNDUNG:

Lärm ist nicht nur ein Ärgernis, sondern auch ein ernstzunehmendes Umwelt- und Gesundheitsproblem. Die Weltgesundheitsorganisation stuft Lärm als zweitwichtigsten umweltbedingten Risikofaktor für die Gesundheit ein, gleich nach Luftverschmutzung.

Das Ohr ist das empfindlichste Sinnesorgan und verbindet den Menschen unmittelbar mit seiner Umwelt. Jedes Geräusch wird registriert und sofort an das Gehirn weitergeleitet, das entscheidet, ob es Gefahr bedeutet oder nicht. Daher lässt sich das Hören auch nicht abschalten.

Lärm löst im Körper eine Kaskade von Stressreaktion aus. Der Körper reagiert mit einer Erhöhung des Blutdrucks, der Herzfrequenz, einer Veränderung der Schlaftiefe und der Muskelspannung bis hin zu Aufwach- und Schreckreaktionen. Dauernder Lärm kann zu psychischen Belastungen und Lernbeeinträchtigungen bei Kindern führen.

Dauernder Lärm, z.B. täglich acht Stunden über Jahre hinweg, kann auch zu einer Beeinträchtigung der Sinneshärchen führen. Als Folge kann eine permanente Schädigung entstehen, die zu bleibendem und unheilbarem Hörverlust führt.

Besonders betroffen sind Menschen, die in der Nähe stark befahrener Straßen, Bahnstrecken oder Industrieanlagen leben. Aber auch Menschen, die über Jahre

unter dauernder Lärmbeeinträchtigung arbeiten oder lernen müssen, sind betroffen.



Da Lärm als Gesundheitsproblem längst anerkannt ist, gibt es öffentlich verfügbare Lärmkarten, welche die Lärmbelastung durch Straßen-, Schienen- und Luftverkehr sowie Industrieanlagen ausweisen (www.laerminfo.at). Auf der Wieden besteht eine hohe Lärmbelastung durch Straßen- und Schienenverkehr. Das ist nicht verwunderlich, da der Anteil der Verkehrsflächen im Bezirk mit ca. 26% überdurchschnittlich hoch ist (wienweit 13,75 %).

Als Bezirksvertreter:innen tragen wir die Verantwortung, die Bewohnerinnen und Bewohner der Wieden vor vermeidbaren Gesundheitsbeeinträchtigungen zu schützen. Lärminderung ist nicht nur Gesundheitsschutz sondern auch ein Beitrag zu mehr Lebensqualität im Bezirk.

Für eine lebenswerte und gesunde Wieden!

Hanna Rumpold

Bezirksrätin

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025****RADSERVICESTATION IM ALOIS-DRASCHE-PARK**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die zuständige amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die Installation einer Radservicestation im Bereich des Alois-Drasche-Parks (zB Eingang Kolschitzkygasse) prüfen und gegebenenfalls umzusetzen zu lassen.

BEGRÜNDUNG:

Der Alois-Drasche-Park liegt in einem stark frequentierten, innerstädtischen Bereich mit hoher Radverkehrsdichte. Eine Radservicestation hier würde ein niederschwelliges kostenfreies Angebot für Radfahrende bieten. Gerade im urbanen Raum, wo viele Menschen mangels Platz kein eigenes Werkzeug haben oder sich dieses nicht leisten können, schafft öffentlich zugängliche Infrastruktur einen großen Mehrwert.

Eine neue Radservicestation im Alois-Drasche-Park setzt ein Symbol für fahrradfreundliche Stadtpolitik sowie Nachhaltigkeit und leistet einen Beitrag zu sicherer Mobilität am Rad.

Hanna Rumpold
Bezirksrätin

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025**



**MODELLPROJEKT FASSADENBEGRÜNUNG AM GEMEINDEBAU RAINERGASSE
26–28**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG

Die Magistratsabteilung 42 (Wiener Stadtgärten) sowie die Vizebürgermeisterin und amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen Kathrin Gaál werden ersucht, die Realisierung einer vertikalen Fassadenbegrünung am Gemeindebau Rainergasse 26–28 zu prüfen und nach Möglichkeit umzusetzen. Das Projekt soll als Modellfall für klimawirksame Begrünungsmaßnahmen an Gemeindebauten dienen und gegebenenfalls auf andere Objekte übertragbar sein.

BEGRÜNDUNG:

Die Klimakrise und die zunehmende städtische Überhitzung stellen Wien vor große Herausforderungen. Besonders dicht bebaute innerstädtische Bezirke wie die Wieden leiden im Sommer unter großer Hitze, fehlender Begrünung und schlechter Luftzirkulation.

Begrünte Fassaden leisten einen wertvollen Beitrag zur Kühlung des Mikroklimas, Bindung von Feinstaub, Verbesserung der Luftqualität, Aufwertung des Straßenbildes und zur Erhöhung der Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner.

Der Gemeindebau in der Rainergasse 26–28 ist aufgrund seiner Lage und Fassadenoptik besonders gut für ein solches Pilotprojekt geeignet. Er befindet sich an einer stark frequentierten Straße mit wenig Durchgrünung und ist als Wohnhaus im Eigentum der Stadt Wien (Wiener Wohnen) besonders prädestiniert für innovative, klimaaktive Maßnahmen am Bestand.

Zudem entspricht das Projekt den Zielen der Wiener Klimafahrpläne und der Wiener Smart Klima CityStrategie. Außerdem werden Fassadenbegrünungen von der Stadt gefördert.

Mit der Umsetzung einer Fassadenbegrünung an diesem Standort können die Wieden und Wiener Wohnen eine Vorreiterrolle im Bereich klimafreundlicher Stadtgestaltung einnehmen und gleichzeitig ein sichtbares Zeichen für nachhaltige Entwicklung und soziale Verantwortung im Wohnbau setzen.



Hanna Rumpold
Bezirksrätin

Der Klub der NEOS Bezirksrät:innen

Der Klub der Grünen Wieden

An die

Bezirksvorstehung Wieden

z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl

Die Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS auf der Wieden und die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18.12.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend Begrünung und Baumpflanzung auf ungenutztem Gehsteigstück Ecke Margaretenstraße / Schleifmühlgasse

Die Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl wird ersucht, mit der Magistratsabteilung 28 Kontakt aufzunehmen und die Begrünung sowie gegebenenfalls Baumpflanzung auf dem derzeit ungenutzten Gehsteigstück an der Ecke Margaretenstraße / Schleifmühlgasse zu prüfen.

Dabei soll insbesondere geprüft werden:

- die Machbarkeit einer Baumpflanzung und Bepflanzung zur Aufwertung des Gehsteigs;
- die Einhaltung von Gehwegrechten, barrierefreier Zugänglichkeit und Verkehrssicherheit;
- die Möglichkeit von pflegeleichten Pflanzen und nachhaltiger Begrünung; sowie
- die Einbindung von Bürger:innen-Wünschen und die Berücksichtigung von Anrainer:innen-Interessen.

Begründung:

Anrainer:innen der Ecke Margaretenstraße / Schleifmühlgasse haben mehrfach auf das ungenutzte Gehsteigstück hingewiesen und den Wunsch nach einer ästhetischen Aufwertung durch Begrünung und Baumpflanzung geäußert.

Die Bepflanzung würde nicht nur die Aufenthaltsqualität für Fußgänger:innen erhöhen, sondern auch einen kleinen Beitrag zum Stadtklima, zur Luftqualität und zur Lebensqualität im Bezirk leisten. Gleichzeitig werden leerstehende und ungenutzte städtische Flächen sinnvoll aufgewertet und die Attraktivität des öffentlichen Raumes gesteigert.



Zuweisungsantrag

zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18. Dezember 2025

Betrifft Antrag Nr. 36 Begrünung und Baumpflanzung auf ungenutztem Gehsteigstück Ecke
Margaretenstraße / Schleifmühlgasse

Ich stelle den Antrag auf Zuweisung in die Verkehrs- und Planungskommission

Ursula Prager-Ramsa

Der Klub der NEOS Bezirksrät:innen

An die
Bezirksvorstellung Wieden
z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl

Die Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS auf der Wieden stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18.12.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend Erhöhung der Verkehrssicherheit vor der Evangelischen Volksschule Karlsplatz – Prüfung von Maßnahmen zur Reduktion der Radfahrgeschwindigkeit

Die Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl wird ersucht, mit der Magistratsabteilung 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) in Kontakt zu treten und zu prüfen, ob im Bereich der als „Fairnesszone“ gekennzeichneten Fläche vor der Evangelischen Volksschule am Karlsplatz geeignete bauliche oder verkehrstechnische Maßnahmen zur Reduktion der Radfahrgeschwindigkeit umgesetzt werden können.

Konkret soll evaluiert werden,

- ob die Installation von Speedbreakern (Schwellen, Bodenwellen oder vergleichbaren Geschwindigkeitsreduktionselementen) möglich und sinnvoll ist;
- welche Alternativmaßnahmen zur Sicherheitserhöhung für Schulkinder, Eltern und Passant:innen empfohlen werden können; sowie
- ob eine klarere räumliche Trennung von Fußgängerbereich und Radfahrspur umsetzbar ist.

Begründung:

Die „Fairnesszone“ vor der Evangelischen Volksschule Karlsplatz stellt insbesondere während der Bring- und Abholzeiten eine erhebliche Gefahr für die dort verkehrenden Kinder dar. Obwohl es sich um einen gemeinsam genutzten Bereich handelt, wird dieser Abschnitt von vielen Radfahrer:innen mit hoher Geschwindigkeit befahren – oft ohne ausreichende Rücksichtnahme auf querende Kinder.

Gerade Schulkinder im Volksschulalter können Geschwindigkeiten und Entfernungen von herannahenden Fahrrädern noch nicht zuverlässig einschätzen. Viele von ihnen laufen beim Verlassen des Schulgebäudes ihren Eltern entgegen oder bewegen sich spontan und unvorhersehbar – ein völlig normales kindliches Verhalten, das jedoch in einem Mischverkehrsbereich besonders gefährlich wird. Kinder verfügen naturgemäß

noch nicht über die kognitiven Fähigkeiten, die der sogenannte „Vertrauensgrundsatz“ im Verkehr eigentlich voraussetzt.

Aus Beobachtungen und zahlreichen Rückmeldungen von Eltern und der Schulleiterin geht hervor, dass es in diesem Bereich regelmäßig zu beinahe-Kollisionen kommt. Auch Unfälle wurden bereits dokumentiert. Radfahrer:innen passieren die Zone häufig mit unveränderter Fahrtgeschwindigkeit, weshalb Kinder, Eltern und Passant:innen akut gefährdet sind. Diese permanente Unsicherheit widerspricht dem Schutzbedürfnis von Kindern im öffentlichen Raum – insbesondere im direkten Umfeld einer Schule.

Die Sicherheit der jüngsten Verkehrsteilnehmer:innen sollte uns höchstes Gebot sein. Eine bauliche oder verkehrstechnische Reduktion der Geschwindigkeit ist daher dringend notwendig, um das Risiko zu minimieren und eine sichere Querungsmöglichkeit vor der Schule sicherzustellen.

Der Klub der NEOS Bezirksrät:innen

An die
Bezirksvorstellung Wieden
z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl

Die Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS auf der Wieden stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18.12.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend Gehsteiggeländer auf Höhe Wiedner Hauptstraße 30

Die Magistratsabteilungen 28 und 46 werden ersucht, an der Hauskante des Hauses Wiedner Hauptstraße 30 ein Gehsteiggeländer oder eine sinnvolle andere Barriere zu errichten, um die Fußgänger:innen des Gehsteigs auf dieser Seite an dieser Engstelle vor dem Verkehr zu schützen.

Begründung:

An der Hauskante des Hauses Wiedner Hauptstraße 30 stadteinwärts entlang der Wiedner Hauptstraße ist es äußerst eng. Hier kommen kaum zwei Fußgängerinnen aneinander vorbei.

Hier wären ein paar Meter Geländer gut investiert, um Schlimmeres zu verhindern. Auf der Fahrbahn fährt unter anderem auch die Straßenbahn seit dem Umbau flott und knapp vorbei.

Fußgänger:innen und vor allem Kinder und Jugendliche sollten dort technisch auch vor eigenen Fehlritten geschützt werden.



**ABÄNDERUNGSANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG
DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025**

ANTRAG 38: GEHSTEIGGELÄNDER AUF HÖHE WIEDNER HAUPTSTRAßE 30

Der Bezirksvorsteherin-Stellvertreter der Grünen Wieden Pascal Riepl stellt den folgenden Abänderungsantrag:

Es möge ergänzt werden: Das Gelände ist auf den unmittelbar notwendigen Gefahrenbereich zu beschränken und in einer ästhetisch ansprechenden Ausführung zu gestalten.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter

Der Klub der NEOS Bezirksrät:innen

An die
Bezirksvorstellung Wieden
z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl

Die Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS auf der Wieden stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18.12.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend Errichtung einer Radpumpstation

Die Stadträtinnen Mag.^a Ulli Sima und in eventuelle Barbara Novak werden ersucht vorbehaltlich positiver Deckungsprüfung mit Mitteln des Bezirksbudgets 1040 in Bezug auf den einstimmig angenommenen Antrag Nr. 55 aus der BV vom 27. März 2025 mit der GZ BV4-S431064/2025 und dessen Beantwortungen vom 28. Mai 2025 jeweils seitens Stadträtin Mag.^a Ulli Sima sowie damals zuständig Stadtrat Mag. Christoph Maschek eine WienMobil Radservicestation im Bereich Rainergasse/Johann-Strauß-Gasse oder einem ganz in der Nähe befindlichen geeigneten Ort errichten zu lassen.

Begründung:

Der Antrag Nr. 55 aus der BV vom 27. März 2025 mit der GZ BV4-S431064/2025 für die Errichtung einer Radservicestation im Bereich Rainergasse / Johann-Strauß-Gasse wurde einstimmig angenommen; Begründung siehe ebendort.

Wenn es auf der Wieden allenfalls noch eine finanzielle Möglichkeit gibt bei größtem Verständnis für die Budgetlage, wäre diese Sache eine sinnvolle Investition in ein klimafittes und gesundes Wien.

Der Klub der NEOS Bezirksrät:innen

Der Klub der Grünen Wieden

An die

Bezirksvorstellung Wieden

z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl

Die Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS auf der Wieden und die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18.12.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend Radwegauffahrt hinter Karlskirche/Kreuzherrengasse

Die Magistratsabteilung 28 wird ersucht, die Gehsteigauf- bzw. Gehsteigabfahrt des Radweges hinter der Karlskirche mit der 90°-Einfahrt in die Kreuzherrengasse und umgekehrt, in geeigneter Weise abzuflachen, sodass die Gehsteigkante nicht mehr so hoch und/oder die Asphaltaufschüttung etwas flacher wird für sichereres Radfahren.

Begründung:

Von der Argentinierstraße kommend über den Karlsplatz Richtung Canovagasse und in umgekehrter Richtung, sollte der betroffene Radverkehr tunlichst über die Kreuzherrengasse östlich hinter der Karlskirche vorbei geleitet werden, da dann wenigstens die in jeweils diese Richtungen fahrenden Radfahrer:innen und Fußgänger:innen sich weniger im Weg sind, wie etwa vor der Karlskirche.

Die bestehende Radwegführung dort ist sehr sinnvoll, aber die Auffahrt und Abfahrt beim Gehsteigniveau an der Kreuzherrengasse ist etwas für sportliche Radfahrer:innen, da sie relativ hoch und praktisch nur mit 45°-Aufschüttung ausgestattet ist, obwohl es dann gleich 90° um die Kurve in die eine oder andere Richtung geht.

So ist zu beobachten, dass viele Radfahrer:innen direkt den Gehsteig in Konkurrenz mit Fußgänger:innen benutzen, was dort in Anbetracht einer verkehrsmäßig sehr ruhigen Fahrbahn der Kreuzherrengasse nicht nötig und schade ist.

Durch einen möglichst effizienten Eingriff, wie Aufschüttung von etwas mehr Asphalt könnte der Anreiz für Radfahrer:innen die Kreuzherrengasse zu nehmen deutlich erhöht werden.



NEOS Freiheit
Fortschritt
Gerechtigkeit



Der Klub der NEOS Bezirksrät:innen

An die
Bezirksvorstellung Wieden
z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl

Die Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS auf der Wieden stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18.12.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend Taubenplage bei der Paulanerkirche

Die Magistratsabteilung 49 wird ersucht Möglichkeiten auszuloten und umzusetzen, um der nicht zuletzt durch Taubenfütterer:innen verursachten Taubenplage bei der Paulanerkirche, vor allem auf der Seite der Wiedner Hauptstraße, zu begegnen.

Begründung:

Bei der Paulanerkirche gibt es schon seit Langem eine Taubenplage mit entsprechender Verschmutzung. Rückmeldungen aus der Bevölkerung berichten von ständigen Fütterungen.

Seit die Bahnhaltestelle verlegt wurde und sich dort keine Personen mehr aufhalten, dürfte sich das Taubenproblem dort intensiviert haben.

Mit Verweis auf den Vortrag von Vertreter:innen der MA 49 im Umweltausschuss vom 18.06.2024 zum Projekt „Taubenschlag im Südtirolerhof“, hat die MA 49 einschlägige Expertise und einen ganz hervorragenden Umgang mit diesem Thema vorzuweisen.

Es wäre ein echter Mehrwert, wenn wir auf der Wieden für unsere schöne Paulanerkirche, den Irene-Harand-Platz und den Gehsteig der Wiedner Hauptstraße Experten der MA 49 gewinnen könnten, die sich mit ihrem Fachwissen dem Thema widmen.

Vielleicht wäre es schon ein Anfang mit Streetwork/Awarenessteams die Fütterer:innen aufzuklären, wie, wo und wann sie richtig füttern können. Die Tiere leiden zudem unter oft falschem, nicht Vogel gerechtem Futter, wodurch wiederum die Verschmutzung durch die bei den Tieren entstehende Magenverstimmung umso schlimmer wird.

Der Klub der NEOS Bezirksrät:innen

An die
Bezirksvorstellung Wieden
z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl

Die Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS auf der Wieden stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18.12.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend Wiederherstellung des Bodenleitsystems für Blinde oder sehbehinderte Menschen im Bereich der Paulanerkirche

Die zuständige Magistratsabteilung MA 28 wird ersucht, das Bodenleitsystem für Blinde oder sehbehinderte Menschen im Bereich vor der Paulanerkirche zu prüfen und - sofern erforderlich - normgerecht wiederherzustellen.

Es soll geprüft werden:

- welche Leitstreifen aktuell beschädigt oder unvollständig sind,
- welche Maßnahmen zur sofortigen Reparatur oder Nachmarkierung erforderlich sind,

Begründung:

Das Bodenleitsystem für Blinde oder sehbehinderte Menschen vor der Paulanerkirche ist derzeit an mehreren Stellen beschädigt oder unvollständig, wodurch die Orientierung für Blinde oder sehbehinderte Menschen stark eingeschränkt ist. Dies stellt ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar, insbesondere für Menschen, die auf taktile Orientierung angewiesen sind.

Eine barrierefreie und sichere Gestaltung der Wege ist essenziell, um Inklusion und Teilhabe im öffentlichen Raum zu gewährleisten. Die Instandsetzung und Vervollständigung der Leitwege würde nicht nur die Sicherheit erhöhen, sondern auch den Anforderungen an eine inklusive Stadt gerecht werden, wie sie in städtischen Richtlinien und Programmen vorgesehen sind.



Der Klub der NEOS Bezirksrät:innen

An die
Bezirksvorstellung Wieden
z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl

Die Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS auf der Wieden stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18.12.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend „Endlich mehr Ticket-Automaten am Südtiroler Platz“

Die zuständige amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die Wiener Linien zu beauftragen, den Online-Ticketverkauf über den WienMobil-Ticketshop bei den Auf-/Abgängen zu den U-Bahn-Stationen auf der Wieden, insbesondere im Durchgangsbereich der U-Bahnstation Südtiroler Platz/Hauptbahnhof (nahe Auf-/Abgang U1), passend und ansprechend zu bewerben.

Begründung:

Eine attraktive und sichtbare Bewerbung des digitalen Ticketangebots – insbesondere über den WienMobil-Ticketshop – bietet eine zeitgemäße und ressourcenschonende Alternative. Durch die ansprechende Bewerbung im unmittelbaren Umfeld der U-Bahnstation kann die Bekanntheit und Nutzung des bestehenden digitalen Angebots gesteigert werden.

Zudem wird durch diese Maßnahme insbesondere Tourist:innen, die häufig über Smartphones verfügen, ein schneller, barrierefreier Zugang zu Tickets ermöglicht.

Betrifft: Aufstockung des Winterthurgebäudes

Die unterzeichnenden Bezirksräte Mag. Monika Schwarzer Beig und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 18. Dezember 2025 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich gegen eine Aufstockung des Winterthurgebäudes am Karlsplatz aus.

Begründung

Die Aufstockung des Winterthurgebäudes um drei Stockwerke wird das Gesamtensemble Karlsplatz und das historisch gewachsene Stadtbild nachhaltig beschädigen. Die Raumwirkung der denkmalgeschützten Karlskirche würde ebenso nachhaltig gestört sowie negativ verändert werden.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 25. September 2025 stellt der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte die nachfolgende

Gegenresolution

betreffend

Aufstockung des Winterthurgebäudes

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, dass eine Aufstockung des Winterthur-Gebäudes nur unter der Voraussetzung erfolgt, dass es zumindest fünf Meter von der Karlskirche abgerückt wird.

Begründung:

Zwischen der Stadt Wien und der Zurich Versicherung besteht eine städtebauliche Vereinbarung, deren wesentliche Teile bereits umgesetzt wurden. Für den Fall einer möglichen Aufstockung ist darin ein zusätzliches Abrücken des Winterthur-Gebäudes von der Karlskirche vorgesehen, wodurch die denkmalgeschützte Karlskirche städtebaulich besser zur Geltung kommt.

Betrifft: Baumpflanzungen Wiedner Hauptstraße

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 18. Dezember 2025 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

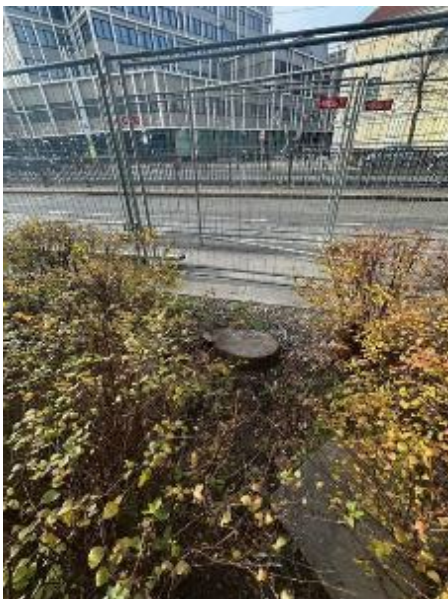
ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Magistratsabteilung 42 (Wiener Stadtgärten) möge rasch alle im Zuge des Umbaus der Wiedner Hauptstraße gefälltten Bäume nachpflanzen.

Begründung

Bäume leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, daher mögen diese rasch nachgepflanzt werden. Darüber hinaus verschönern sie das Stadtbild.



Baumfällung vor Wiedner Hauptstraße 79

Betrifft: Errichtung einer Gedenktafel

Die unterzeichnenden Bezirksräte Mag. Monika Schwarzer-Beig und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 18. Dezember 2025 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Stadträtin Mag.^a Veronica Kaup-Hasler möge in Abstimmung mit den Magistratsabteilungen 28 und 42 die Anbringung einer Gedenktafel für die Verstorbenen im Bereich des im Zuge der Umbauarbeiten der Argentinierstraße entdeckten historischen Friedhofs (am unteren Ende der Argentinierstraße), veranlassen, wie dies bereits in den Bezirksvertretungssitzungen vom 14. März 2024 und 27. März 2025 beschlossen wurde.

Begründung

Die entdeckten Gräber gehören vermutlich zu einem Friedhof, der in unmittelbarer Nähe der Karlskirche gelegen war und Ende des 18. Jahrhunderts zugeschüttet wurde. Laut Dokumenten aus Archiven und dem Rektor der Karlskirche Marek Pučalík, könne es sich aber auch um jenen Friedhof handeln, den Kaiser Karl VI. 1738 dem Prager Kreuzherrenorden in Auftrag gab, quasi als Auflage für die Verleihung der neu erbauten Kirche. Daher wurde seitens des Rektors auch die Krypta der Karlskirche als letzte Ruhestätte für die Gebeine angeboten.

Die Grabstellen wurden auch von der Stadtarchäologie befundet.

Die Errichtung einer Gedenktafel wäre nicht nur ein wichtiger Beitrag zum Gedenken an die Verstorbenen, sondern auch eine Bereicherung für die Kulturstadt Wien.

Betrifft: Denkmal für Irene Harand am Irene-Harand-Platz

Die unterzeichnenden Bezirksräte Mag. Philipp Meisel und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 18. Dezember 2025 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen 42 und 28 mögen das Denkmal für Irene Harand am Irene-Harand-Platz dezent und zum Platz passend eingittern.

Begründung

Das so wichtige Denkmal für Irene Harand und ihren Widerstand gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus dient leider oftmals als Hundepissoir. Das dadurch entstehende öffentliche Bild und die Geruchsentwicklung werden Irene Harand und Ihrem Wirken als mutiges Vorbild sowie der Bedeutung des Denkmals an sich keinesfalls gerecht.

Ein Gitter rund um das Denkmal würde Hunde abhalten direkt das Denkmal zu verunreinigen.



Betrifft: Parklet vor Wiedner Hauptstraße 16 entfernen

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 18. Dezember 2025 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich für die rasche Entfernung des Parklets in der Parkspur vor Wiedner Hauptstraße 16 aus.

Begründung

Die Parkplatzsituation auf der Wieden verschärft sich jeden Tag ein Stück mehr. Parklets in der Parkspur kosten stets weitere Parkplätze und werden vor allem in der kalten Jahreszeit kaum genutzt.

Der neue geschaffene aber kaum genutzte Radraser-Highway auf der Wiedner Hauptstraße kostet Anrainerinnen und Anrainer sowie Gewerbetreibenden bereits hunderte Parkplätze. Daher sind die sich häufenden Beschwerden von Anrainerinnen und Anrainer sowie Gewerbetreibenden mehr als nachvollziehbar.



Betrifft: Langsam fahren! Schrittgeschwindigkeit für Radraserinnen und Radraser

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 18. Dezember 2025 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima möge (analog zur inneren Mariahilfer Straße, siehe Foto unten) gemeinsam mit der Mobilitätsagentur Wien Standorte für die Anbringung von „Langsam fahren-Piktogrammen“ an für Fußgängerinnen und Fußgängern besonders gefährlichen Stellen bei Radwegen auf der Wieden prüfen. Das Ergebnis dieser Prüfung und die Vorschläge für Standorte mögen der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Behandlung in der Verkehrs- und Planungskommission vorgelegt werden.

Begründung

Oftmals fahren Radraserinnen und Radraser mit viel zu hoher Geschwindigkeit, weshalb vor allem Fußgängerinnen und Fußgänger der Gefahr eines Zusammenstoßes ausgesetzt sind und es entstehen gefährliche Situationen. „Langsam fahren-Piktogramme“ können mehr Sicherheit bringen und weisen plakativ auf mehr Rücksichtnahme vor Ort hin. Fußgängerinnen und Fußgänger dürfen nicht zu Bürgerinnen und Bürgern zweiter Klasse werden.



*Große bunte blaue Kreise, gelbe Fußgänger*innenpiktogramme und die Schriftzüge „LANGSAM FAHREN“ werben künftig in der inneren Mariahilfer Straße für mehr Achtsamkeit und Rücksichtnahme... Ziel ist es, für ein besseres Miteinander zwischen Radfahrer*innen und Fußgänger*innen zu sorgen und die beiden Ströme zu entflechten.*

Copyright: Rathauskorrespondenz vom 26.11.2025

Betrifft: Schutzweg Wiedner Hauptstraße Höhe Paulanergasse

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 18. Dezember 2025 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilung 28 und 46 mögen rasch eine Reparatur des Schutzweges (bzw. der Fahrbahn unter dem Schutzweg) Wiedner Hauptstraße Höhe Paulanergasse (beim Optiker) veranlassen.

Begründung

Bei der Markierung des Schutzweges oder der darunter liegenden Fahrbahn wurde nicht ordentlich gearbeitet, denn just auf dem markierten Schutzweg kommt es bei Regen zu „Wasserlackenbildungen“. Das ist für vor allem Fußgängerinnen und Fußgänger beim Queren jedes Mal mehr als unangenehm.

Betrifft: Sozialgipfel Südtiroler Platz

Die unterzeichnenden Bezirksräte DI Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 18. Dezember 2025 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Der amtsführende Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport Peter Hacker möge, aus gegebenem Anlass, einen Sozialgipfel zum Südtiroler Platz einberufen, zu dem alle relevanten Stellen (wie Sozialarbeit, Streetwork, Sucht- und Gesundheitsdienste, Bezirksvertretung Wieden, Anrainerinnen und Anrainer, Gewerbebetriebe) eingeladen werden sollen.

Die Einbindung der Anrainerinnen und Anrainer sowie Gewerbetreibenden soll durch regelmäßige Informationsformate, Rückmeldemöglichkeiten und transparent kommunizierte Maßnahmen sichergestellt werden.

Die Ergebnisse des Gipfels sollen in einem Maßnahmenkatalog dokumentiert und der Frau Bezirksvorsteherin zur Weiterleitung an die Sozialkommission vorgelegt werden.

Begründung

Der Südtiroler Platz ist ein zentraler und viel frequentierter Platz unseres Bezirks. In den vergangenen Monaten wurde von Anrainerinnen und Anrainern vermehrt über Situationen berichtet, die das Sicherheitsgefühl massiv beeinträchtigen. Dazu zählen unter anderem Konflikte im öffentlichen Raum, sichtbarer Konsum von Suchtmitteln sowie unzureichend koordinierte Unterstützungsangebote für suchtkranke Personen.

Um sowohl die öffentliche Sicherheit als auch die soziale Betreuung im Bereich des Südtiroler Platzes nachhaltig zu verbessern soll Sozialgipfel alle beteiligten an einen Tisch bringen und Lösungen erarbeiten. Ziel dieses Gipfels soll sein, konkrete und abgestimmte Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit sowie zur Unterstützung suchtkranker Personen zu entwickeln, darunter:

- ➔ Ausbau zielgerichteter Sozialarbeit im öffentlichen Raum
- ➔ Maßnahmen zur Deeskalation und Konfliktprävention

- ➔ Prüfung zusätzlicher Angebote wie Krisenintervention, Betreuungspunkte oder begleitete Aufenthaltsräume
- ➔ Verbesserung der Sauberkeit und Prävention von öffentlichen Konsumzonen
- ➔ schnellere Abstimmung zwischen Einsatzkräften und sozialen Einrichtungen

Betrifft: Machbarkeitsstudie Optimierung der Beleuchtung des Südtiroler Platzes

Die unterzeichnenden Bezirksräte DI Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 18. Dezember 2025 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Der amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima möge, die Magistratsabteilung 21 sowie die Magistratsabteilung 33 ersuchen eine Machbarkeitsstudie für eine Optimierung des Südtiroler Platzes beauftragen. Ziel soll vor allem eine verbesserte Beleuchtung zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls am Südtiroler Platz sein. Die Machbarkeitsstudie soll der Frau Bezirksvorsteherin zur Weiterleitung an den Verkehrs- und Planungskommission vorgelegt werden.

Folgende Maßnahmen sollen dabei berücksichtigt werden:

Erhöhung und Optimierung der Beleuchtung durch moderne, energieeffiziente Lichtkonzepte, die sowohl Wegeführung als auch Aufenthaltsbereiche klar ausleuchten und dunkle Angsträume vermeiden.

Schaffung offener, gut einsehbarer Platzstrukturen, die soziale Kontrolle begünstigen und den Platz als Treffpunkt für alle Bevölkerungsgruppen attraktiver machen.

Begründung

Der Südtiroler Platz verfügt über großes Potenzial als attraktiver öffentlicher Raum, leidet jedoch aktuell unter mangelnder Aufenthaltsqualität und eingeschränktem Sicherheitsgefühl, insbesondere in den Abendstunden. Durch eine gezielte Erhöhung der Beleuchtung, der Vermeidung von Angsträumen und die Schaffung übersichtlicher Platzstrukturen kann der Platz wesentlich aufgewertet werden. Eine solche Neugestaltung dient sowohl der Sicherheit als auch dem sozialen Miteinander im Bezirk.



**Der Klub der Freiheitlichen Wien-Wieden
stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung zur Sitzung der
Bezirksvertretung am 18. Dezember 2025 nachstehenden Antrag**

**Betrifft: Freigabe der bestehenden Abbiegespur von der Favoritenstraße in die
Schelleingasse - Entfernung des Betonpollers**

**Neuer Antrag (unter Bezugnahme auf die Anfragebeantwortung S 1271822-2025
der Bezirksvorsteherin)**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die Magistratsabteilung 46 zu ersuchen, die derzeit durch einen Betonpoller blockierte Abbiegespur von der Favoritenstraße (stadteinwärts) in die Schelleingasse auf Höhe des Südtiroler Platzes umgehend wieder freizugeben. Die bauliche Absperre („Betonleitwand“) ist zu entfernen und die reguläre Nutzung der bestehenden Abbiegespur wiederherzustellen.

Begründung: In der aktuellen **Anfragebeantwortung der Bezirksvorsteherin (Zahl: S 1271822-2025)** wird ausdrücklich festgehalten, dass es sich bei der Absperrung der Abbiegespur lediglich um eine „*provisorische Maßnahme*“ handelt. Dieses angebliche Provisorium besteht jedoch **seit mehreren Jahren**, ohne dass eine sachlich nachvollziehbare oder zeitlich klar definierte Begründung für dessen Fortführung vorgelegt wird.
Die Bezirksvorsteherin führt selbst aus, dass für eine etwaige Weitergestaltung **keine konkreten Zeitpläne** existieren.

1. Ein jahrelanges Provisorium ohne Konzept, Perspektive oder Zeitrahmen

Laut Anfragebeantwortung ist die Betonabspernung „selbstverständlich nur eine provisorische Maßnahme“. Gleichzeitig wird aber eingeräumt, dass keinerlei nähere Planungen oder konkrete Projekte existieren, an denen sich eine dauerhafte Lösung orientieren könnte. Damit fehlt jeder sachliche Grund, dieses Provisorium weiterhin aufrechtzuerhalten.

2. Die angeführte Begründung des „Durchzugsverkehrs“ ist nicht mehr zutreffend

Die Bezirksvorsteherin begründet die damalige Sperre mit rechtswidrigem Durchzugsverkehr über die Schelleingasse, insbesondere nach Wiederöffnung der Argentinierstraße.

Diese Argumentation ist heute nicht mehr haltbar:

- Mit der Umgestaltung der Argentinierstraße zur Fahrradstraße ist ein solcher Durchzug verkehrsrechtlich ausgeschlossen.
- Zudem machen die komplizierten und mühsamen Einbahnregelungen im gesamten Bereich einen funktionierenden Durchzugsverkehr ohnehin vollkommen illusorisch.



Der im Schreiben genannte ursprüngliche Anlass hat sich somit vollständig erledigt und kann die Fortführung des Provisoriums nicht rechtfertigen.

3. Die negative verkehrliche Wirkung bleibt erheblich

Durch die Blockade einer baulich vorhandenen Abbiegespur werden Fahrzeuge gezwungen, auf der Geradeaus-Spur zu fahren und erst unmittelbar vor der Kreuzung abzubiegen. Dies führt regelmäßig zu Rückstau auf der Favoritenstraße stadteinwärts, die bis in den Kreuzungsbereich Wiedner Gürtel–Favoritenstraße zurückreichen. Die vorhandene Infrastruktur wird dadurch ineffizient genutzt, und der Verkehrsfluss wird unnötig behindert.

Schlussfolgerung

Da die Bezirksvorsteherin selbst bestätigt, dass es sich bei der Sperre nur um eine provisorische Maßnahme handelt, gleichzeitig aber keinerlei Planungen oder zeitlichen Perspektiven für eine endgültige Lösung existieren, ist die Fortsetzung dieses jahrelangen Provisoriums administrativ nicht gerechtfertigt. Die Begründung eines angeblichen Durchzugsverkehrs ist aufgrund der mittlerweile völlig veränderten Verkehrsführung – insbesondere durch die Fahrradstraße Argentinierstraße und die komplexen Einbahnregelungen – nicht mehr plausibel.

Gleichzeitig verursacht die Sperre weiterhin erhebliche Rückstau und behindert den Verkehrsfluss unnötig. Daher ist die sofortige Entfernung des Betonpollers und die Wiederherstellung der regulären Nutzung der Abbiegespur sachlich geboten und verkehrlich sinnvoll.



Marie Hauser
Klubobfrau

Sascha Subarsky, BSc
Bezirksrat



**Der Klub der Freiheitlichen Wien-Wieden
stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung zur Sitzung der
Bezirksvertretung am 18. Dezember 2025 nachstehenden Antrag**

Betrifft: Tiere im Bezirk – Verantwortung und Hilfe sichtbar machen

Die Bezirksvertretung Wieden möge beschließen, den amtsführenden Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky, aufzufordern, sich über die zuständigen Stellen der Stadt Wien – insbesondere die Magistratsabteilung 60 (Veterinärdienste und Tierschutz) – gemeinsam mit relevanten Tierschutzorganisationen und Vereinen um die Umsetzung einer Informationskampagne für den Bezirk zum Thema entlaufene, gefundene oder aus sozialen Gründen abgegebene Haustiere zu bemühen.

Diese soll sich mit dem richtigen Verhalten bei entlaufenen, gefundenen, zurückgelassenen oder ausgesetzten Haustieren befassen – ebenso wie mit Fällen, in denen sich Menschen aus gesundheitlichen, sozialen oder finanziellen Gründen nicht mehr um ihre Tiere kümmern können.

Ziel ist es, eine niederschwellige, leicht zugängliche und mehrsprachige Übersicht für die Bevölkerung bereitzustellen, die u.a. folgende Themen abdeckt:

- Was tun, wenn das eigene Tier entlaufen ist?
- Was tun, wenn man ein scheinbar herrenloses Tier findet?
- Was tun, wenn man sich aus gesundheitlichen, finanziellen oder sozialen Gründen nicht mehr um ein Tier kümmern kann?
- Welche Anlaufstellen und Kontaktmöglichkeiten gibt es im Bezirk bzw. in Wien?

Diese Informationen sollen nicht nur als Präventionsmaßnahme zur Vermeidung von Tierleid, sondern auch als Orientierungshilfe für Mitmenschen mit guter Absicht dienen, die oft nicht wissen, wie sie richtig reagieren sollen.

Die Informationskampagne kann beispielsweise über die Bezirkszeitung, Social Media, Plakate, Flyer oder online abrufbare Infomaterialien umgesetzt werden. Dabei soll auch geprüft werden, auf welche bereits bestehenden Kanäle zurückgegriffen werden kann, um die Informationsweitergabe möglichst kostenschonend oder kostenlos zu gestalten.

Begründung: Auf der Wieden häufen sich Hinweise auf entlaufene oder gefundene Haustiere – darunter insbesondere Katzen, aber auch Vögel, Hunde oder kleinere Heimtiere. Häufig sind Finderinnen und Finder überfordert und wissen nicht, wie sie sich richtig verhalten sollen.



Auch Tierhalterinnen und Tierhalter, die ihre Tiere vermissen oder sich aus sozialen Gründen nicht mehr um sie kümmern können, haben oft keine ausreichenden Informationen über ihre Möglichkeiten.

Zudem zeigen Erfahrungsberichte von Tierärztinnen, Tierschutzvereinen und sozialen Initiativen, dass es gerade zu bestimmten Zeiten wie Feiertagen, nach Weihnachten (geschenkte Tiere), zu Urlaubszeiten oder bei älteren, kranken oder in Armut geratenen Menschen verstärkt zu Problemfällen kommt. Hier bedarf es Aufklärung, Sichtbarkeit und einer Enttabuisierung, um menschliches Leid zu lindern und unnötiges Tierleid zu vermeiden.

Ein klar kommuniziertes Informationsangebot trägt dazu bei, dass mehr Tiere sicher nach Hause finden, falsch verstandene Tierhilfe vermieden und überforderte Menschen nicht allein gelassen werden.

Marie Hauser
Klubobfrau



**Der Klub der Freiheitlichen Wien-Wieden
stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung zur Sitzung der
Bezirksvertretung am 18. Dezember 2025 nachstehenden Antrag**

**Betrifft: Saisonale Öffnung der Argentinierstraße für den motorisierten Verkehr
in den Wintermonaten**

Die Bezirksvertretung Wieden möge beschließen, die Magistratsabteilung 46 zu ersuchen, zu prüfen,

1. ob die Argentinierstraße, die derzeit als Fahrradstraße geführt wird, in den Wintermonaten – insbesondere im Zeitraum November bis März – für den motorisierten Verkehr (Pkw und Motorräder) durchgängig geöffnet werden kann,
2. unter welchen rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen eine solche saisonale Öffnung möglich wäre,
3. welche Anpassungen an Beschilderung, Markierungen oder Verkehrsregelungen für eine temporäre Öffnung erforderlich wären,
4. sowie welche betrieblichen und verwaltungstechnischen Abläufe mit einer saisonalen Verkehrsfreigabe verbunden wären.

Begründung: Die Argentinierstraße weist in den Wintermonaten – insbesondere im Zeitraum November bis März – ein deutlich geringeres Radverkehrsaufkommen auf als in den wärmeren Jahreszeiten. Gleichzeitig bleibt der Straßenabschnitt in dieser Zeit größtenteils ungenutzt, obwohl er verkehrsstrukturell als Verbindung innerhalb des Bezirks potenziell verfügbar wäre.

Durch eine saisonale Öffnung könnten bestehende Verkehrsflächen in den Wintermonaten zweckmäßig genutzt werden, ohne die grundlegende Funktion der Fahrradstraße in den verbleibenden Monaten zu verändern.

Ziel des Antrags ist die Klärung,

- ob eine jahreszeitlich differenzierte Verkehrsführung rechtlich zulässig ist,
- und unter welchen verwaltungstechnischen Voraussetzungen sie umgesetzt werden kann.

Die Prüfung soll die Grundlage dafür schaffen, eine flexible Nutzung der Argentinierstraße entsprechend der jahreszeitlichen Verhältnisse zu ermöglichen.

Marie Hauser
Klubobfrau

Sascha Subarsky, BSc
Bezirksrat

Version 1 - 23.12.2025



**Der Klub der Freiheitlichen Wien-Wieden
stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung zur Sitzung der
Bezirksvertretung am 18. Dezember 2025 nachstehenden Antrag**

Betrifft: Verkehrssicherheitskonzept Argentinierstraße

Maßnahmen für ein sicheres Miteinander von Rad-, Fuß- und Kfz-Verkehr

Die zuständige Magistratsabteilung 46 wird ersucht, die Verkehrssituation in der Argentinierstraße auf Verbesserungspotenzial hinsichtlich der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu überprüfen und ein umfassendes Konzept zu erarbeiten, das insbesondere die gegenseitige Rücksichtnahme, Einhaltung der Verkehrsregeln und die Reduktion gefährlicher Verhaltensweisen fördert.

Begründung: Die Argentinierstraße gilt als eine der prominentesten und polarisierendsten Fahrradstraßen Wiens. Dennoch bestehen weiterhin erhebliche sicherheitsrelevante und verkehrsorganisatorische Probleme, die nicht allein auf den motorisierten Individualverkehr zurückzuführen sind.

Zunehmend werden auch Radfahrende und Lieferdienste, insbesondere mit E-Bikes oder E-Scootern, als Quelle von Gefahrensituationen wahrgenommen. Viele von ihnen halten sich nicht an geltende Verkehrsregeln, fahren mit überhöhter Geschwindigkeit, nutzen die Straße entgegen der vorgesehenen Richtung oder missachten Vorrangregelungen. Dadurch entstehen regelmäßig brenzlige Situationen – sowohl für andere Radfahrende als auch für Fußgängerinnen und Fußgänger.

Ein ganzheitliches Verkehrssicherheitskonzept muss daher **alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen einbeziehen**. Reine Autofahrerreduktion greift zu kurz, wenn gleichzeitig riskante Fahrweisen anderer Verkehrsteilnehmer nicht berücksichtigt werden.

Konkrete Problemfelder:

- Wiederholte Missachtung der Fahrtrichtung und Vorrangregeln durch Radfahrer und Lieferdienste und an gewissen Abschnitten durch Autofahrer.
- Gefährliche Überholmanöver von E-Bikes und Scootern.
- Nutzung von Gehsteigen als Straße durch Radfahrer und E-Bikes und Scooter.
- Nutzung der Fahrradstraße als Liefer- oder Durchzugsroute.
- Mangelnde Übersicht insbesondere im Bereich St.-Elisabeth-Platz und zu hohe Geschwindigkeit im gesamten Bereich der Argentinierstraße.



- Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrern an mehreren Kreuzungsbereichen insbesondere ab Elisabeth-Platz bis zum Gürtel.
- Ignorieren des Vorrangs von Fußgängern bei Zebrastreifen, geschweige denn eine angepasste Annäherungsgeschwindigkeit.

Mögliche Ziele der Überprüfung:

1. Verbesserung der Sicherheit und Übersichtlichkeit durch geeignete bauliche oder organisatorische Maßnahmen.
2. Prüfung zusätzlicher Beschilderung oder Bodenmarkierungen, um Verkehrsregeln klarer zu kommunizieren.
3. Überprüfung der Einhaltung bestehender Vorschriften durch alle Verkehrsteilnehmer (inkl. Radfahrer und Lieferdienste).
4. Evaluierung der Ampelschaltung und Querungsregelungen, um Konflikte zwischen Rad-, Fuß- und Kfz-Verkehr zu vermeiden.
5. Prüfung gezielter Schwerpunktaktionen oder Informationskampagnen zur Förderung von Rücksichtnahme und regelkonformem Verhalten.

Ziel des Antrags ist nicht die Bevorzugung einer bestimmten Verkehrsart, sondern die Sicherung eines fairen, geordneten und respektvollen Miteinanders auf der Argentinierstraße. Nur durch eine objektive, ausgewogene Betrachtung aller Verkehrsteilnehmer kann langfristig eine echte Verbesserung der Verkehrssicherheit erreicht werden.

KO Marie Hauser

BR Sascha Subarsky, BSc

Version 1 - 23.12.2025



Der Klub der Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

ARMUTSSENSIBLE ENERGIE- UND KLIMATAGE IM AMTSHAUS WIEDEN

Die Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál und der amtsführnde Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky werden gebeten, ein Projekt zu entwickeln, um 2026 pro Quartal einen Energie- und Klimatag im Amtshaus anzubieten, der allen Bezirksbewohner*innen die Möglichkeit gibt, sich in Form von **armutssensibler Energie- und Klimakommunikation** über die notwendige Energiewende und Alternativen für den Ausstieg aus fossilen Energieformen in ihren Haushalten zu informieren, sowie für alle ihre Anliegen und Fragen rund um die Wärme- und die Kälteversorgung Antworten zu bekommen.

Begründung

Auf der Wieden müssen wir im Bezirk alle Kräfte bündeln, wenn wir spätestens bis 2040 den Ausstieg aus Gas und Öl in der Wärme- bzw. in Zukunft auch in der Kälteversorgung verwirklichen wollen.

Alle Bezirksbewohner*innen sollen regelmäßig die Gelegenheit bekommen, im Amtshaus mit anderen Interessierten an einem sogenannten „Energie- und Klimatag“ teilzunehmen.

Die Perspektiven von armutsbetroffenen oder -gefährdeten Wiedner*innen sollen dabei nicht fehlen. Denn sie werden weder in politische Prozesse noch Projekte im Bereich Klimawandelanpassung oder Nachhaltigkeit eingebunden. Dabei sind genau diese Menschen, deren Bedürfnisse, Problemfelder und Herausforderungen von großer Bedeutung. Sie sind von den Folgen der Klimakrise so stark betroffen, dass sie vermehrt Möglichkeiten haben sollten, mitzureden und gehört zu werden.

Nur gemeinsam schaffen wir die Wende von fossilen hin zu erneuerbaren Energien nicht nur für eine positive Energie-, sondern auch eine positive Sozialbilanz.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László, BSc MA MA
Bezirksrätin



Der Klub der Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

BAUMFÄLLUNGEN UND PFLANZUNGEN 2026

Der zuständige Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky wird gebeten, die Magistratsabteilung 42 (Stadtgärten) zu beauftragen, für die Wieden mit Stand Anfang 2026 eine Liste der zu fällenden bzw. zu entfernenden Bäume inklusive der vorgesehenen Neupflanzungen im öffentlichen Raum für das neue Kalenderjahr zu erstellen. Die Liste möge bitte der Frau Bezirksvorsteherin zur Behandlung im Umweltausschuss vorgelegt werden.

Begründung

Auf der Wieden kommt es in den letzten Jahren vermehrt a) zu Baumsterben, b) falschen Pflanzungen, c) zur Entfernung von Bäumen, die eine Gefahr darstellen, d) anderen Fällungen und e) Neupflanzungen etc.

Der Baumkataster der Stadt Wien ist nicht immer aktuell und so kommt es häufig zu Anfragen und Anträgen in der Bezirksvertretung. Wenn die Bürger*innen und Mandatar*innen die grundlegenden Informationen um die wertvollen Bäume im Bezirk einsehen und überprüfen können, handeln wir für alle im Bezirk transparent.

Wir würden dem Büro der Bezirksvorsteherin und uns allen einen Großteil der Kommunikation rund um unsere Bäume sparen. Allein LINKS Wieden hat in den letzten fünf Jahren dreizehn Anfragen und Anträge rund um die Wiedner Bäume gestellt.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László, BSc MA MA
Bezirksrätin



Der Klub der Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

DEUTSCH FÜR ALLE statt DEUTSCH ÜBER ALLES

Die Vizebürgermeisterin und zuständige Stadträtin Mag.^a Bettina Emmerling, MSc für Schulen, Bildung und Jugend, Integration und Diversität, Schulen und Einwanderung sowie der zuständige Stadt Peter Hacker für Soziales werden gebeten, zu prüfen, in welcher Form die geplante Streichung von Deutschkursen seitens des Fonds Soziales Wien für Wiedner*innen verhindert werden bzw. den Bedarf deckende alternative Angebote (schulisch und außerschulisch) in allen Bereichen für die die Stadt Wien zuständig ist, gesetzt werden können.

Begründung

Wir beginnen unsere Begründung mit einem Auszug aus dem Regierungsabkommen 2025 zwischen der SPÖ Wien und NEOS Wien: Gemeinsame Sprache Deutsch - Beste Bildung für die beste Zukunft - Regierungsabkommen 2025

<https://www.wien.gv.at/spezial/regierungsabkommen2025/beste-bildung-fur-die-beste-zukunft/gemeinsame-sprache-deutsch/>

und Integration und Einwanderung - Beste Bildung für die beste Zukunft - Regierungsabkommen 2025

<https://www.wien.gv.at/spezial/regierungsabkommen2025/beste-bildung-fur-die-beste-zukunft/integration-und-einwanderung/>

sowie Originalzitaten

„Ein vielfältiges Wien spricht die gemeinsame Sprache Deutsch: In den kommenden Jahren legen wir den Fokus aller eigenen und beauftragten Einrichtungen mit Bildungsauftrag auf die gemeinsame Sprache Deutsch.“

„Ein wesentlicher Schlüssel für gelungene Integration ist die gemeinsame Sprache Deutsch. Sie gilt als Eintrittskarte in unsere Gesellschaft. Dafür bietet die Stadt Wien viele

Version 1 - 23.12.2025

Möglichkeiten zum Erlernen der Sprache und bekennt sich dazu, diese weiter zu verbessern – insbesondere mit Fokus auf junge Menschen, die noch früh die Möglichkeit haben, unsere gemeinsame Sprache zu erlernen. Nur so stellen wir sicher, dass alle Kinder alle Chancen haben, wie im Kapitel „Gemeinsame Sprache Deutsch“ festgehalten.“

Der FSW (Fonds Soziales Wien) streicht mit 2026 alle Deutschkurse.

Damit verlieren viele Wiedner*innen die Möglichkeit des raschen Spracherwerbs, der der grundlegende Schlüssel für den Zugang in der Bildung und Arbeitsmarkt ist. Sprachförderung für Schüler*innen und für Erwachsene ist also ein demokratisches Muss. Deutschlernen war bisher schon durch realitätsferne gesetzliche Schikanen und durch finanzielle und strukturelle Barrieren blockiert und verhindert worden. Das von der politischen Mitte und der Rechten in ihrer sogenannten „Integrationspolitik“ geforderte „Deutsch über ALLES“ wird jetzt noch weiter einseitig gegen Menschen mit nicht-deutscher Erstsprache instrumentalisiert und missbraucht werden, damit wird der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft und unsere demokratiepolitische Zukunft noch mehr ausgehöhlt und gefährdet.

Da nicht alle Menschen Deutschkenntnisse nachweisen mussten und müssen, sondern nur solche aus bestimmten Ländern, handelt es sich ab 2026 **nicht nur um Diskriminierung aufgrund der Nationalität und sprachliche Diskriminierung** (Englisch zuhause mit den Kindern reden – Vorzeigemigrant*innen, Türkisch oder Arabisch – Integrationsverweiger*innen) wie bisher, **sondern auch um Diskriminierung nach sozialem Status und Einkommen**. Denn schon bisher waren die Sprachkurse und Sprachprüfungen mit beträchtlichem Zeitaufwand und Kosten verbunden. Wenn es nicht ausreichend Angebot an Sprachkursen gibt, wird es für viele Menschen keine Integrationsmöglichkeiten geben.

Statt ein spaltendes, hetzerisches „Deutsch über ALLES“ wollen wir ein vereinendes „Deutsch für ALLE“ für die Wieden und ihre Menschen.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László, BSc MA MA
Bezirksrätin

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 25. September 2025 stellt der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte die nachfolgende

Gegenantrag

betreffend

Deutsch für Alle statt Deutsch über Alles

Die Vizebürgermeisterin und zuständige Stadträtin Mag.^a Bettina Emmerling, MSc für Schulen, Bildung und Jugend, Integration und Diversität, Schulen und Einwanderung sowie der zuständige Stadt Peter Hacker für Soziales werden gebeten, sich dafür einzusetzen, dass der Österreichische Integrationsfonds seine Verantwortung wahrnimmt, um qualitativ hochwertige und quantitativ ausreichende Kursangebote für Deutsch als Fremdsprache in Wien und auf der Wieden anzubieten und die Stadt von den jahrelang auf sie abgewälzten Kosten zu entlasten, ohne das Angebot an Kursen einschränken zu müssen.

Begründung:

Der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) bietet trotz seit Jahren ansteigender Budgets und eindeutiger Zuständigkeit nur in unzureichendem Ausmaß und Qualität Deutschkurse in Wien an. Die Stadt Wien ist hier jahrelang in die budgetäre Bresche gesprungen, was angesichts der sich zuspitzenden Budgetlage deutlich erschwert wird. Damit es nicht zu einer Einschränkung der Kurse kommt, ist die für den ÖIF zuständige Integrationsministerin gefordert, die zur Verfügung stehenden Budgetmittel fair und bedarfsorientiert einzusetzen und die Angebote des ÖIF in Wien endlich bedarfsgerecht auszubauen.

Der Klub der Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 die folgende

ANTRAG

betreffend

ESSEN MIT UND FÜR SUBSIDÄR SCHUTZBERECHTIGTE

Die Vizebürgermeisterin und zuständige Stadträtin Mag.^a Bettina Emmerling, MSc (Integration und Diversität, Einwanderung) und der zuständige Stadtrat Peter Hacker (Soziales) werden gebeten, die im Bezirk ansässigen öffentlichen und privaten Einrichtungen zu unterstützen, zumindest einmal im Monat ein warmes Essen im Amtshaus mit und für subsidiär Schutzberechtigte zu organisieren.

Begründung

Die Streichung von Mindestsicherung für subsidiär Schutzberechtigte in Wien ab Januar 2026 kommt einer totalen Aufkündigung sozialer Gerechtigkeit gleich. Schätzungen von Flüchtlingsorganisationen nach handelt es sich in ganz Wien um rund 19.000 Menschen, die davon betroffen sind. Ein Teil dieser Menschen lebt auch auf der Wieden. Viele von ihnen leben schon seit Jahren im Bezirk und sind ein Teil unserer Gesellschaft. Unter den Personen mit subsidiärem Schutzstatus sind viele Minderjährige, chronisch kranke und Menschen mit Behinderung.

Diesen Menschen droht Verschuldung und Obdachlosigkeit. Da gleichzeitig die warmen Mahlzeiten in Notquartieren gestrichen werden, droht auch Hunger. Die Wieden möchte diese Menschen zumindest einmal im Monat an einer gemeinsamen Tafel mit anderen Menschen aus dem Bezirk versorgen und willkommen heißen. Durch den persönlichen Kontakt und Austausch ergeben sich womöglich Chancen auf Lohnarbeit, Quartiere, Wohnungen, es öffnen sich Türen.

Denn die Entscheidung bzgl. der Streichung von Mindestsicherung für diese Menschen ist eine willentliche Zerstörung von einem Minimum an sozialer Sicherheit und Schutz, von Menschenleben und dessen was mühsam aufgebaut wurde.

„Wer Integration ernst nimmt, darf sie nicht durch gesetzliche Hürden verunmöglichen.“
(Diakonie-Direktorin Maria Katharina Moser)

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László, BSc MA MA
Bezirksrätin

Zuweisungsantrag

zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18.12.2025

Antrag 63 : Essen mit und für Subsidiär Schutzberechtigte

Ich stelle den Antrag auf Zuweisung in die Sozialkommission

Philipp Wörndle

Klubobmann



**ABÄNDERUNGSANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG
DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025**

ANTRAG 63: ESSEN MIT UND FÜR SUBSIDIÄR SCHUTZBERECHTIGTE

Der Bezirksvorsteherin-Stellvertreter der Grünen Wieden Pascal Riepl stellt den folgenden Abänderungsantrag:

Es möge von „mindestens einmal im Monat“ auf „wöchentlich“ abgeändert werden.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter



Der Klub der Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

EINRICHTUNG EINES KONSUMRAUMS AUF DER WIEDEN

Der amtsführende Stadtrat für Soziales, Peter Hacker, wird gebeten, die Einrichtung eines Konsumraums im Bezirk zu prüfen.

Begründung

Konsumräume sind geschlossene Räume, in denen illegalisierte Substanzen unter der Aufsicht von geschultem Personal konsumiert werden können. Es wird steriles Spritzenbesteck (sowie gegebenenfalls Safer-Use-Tools für oralen, nasalen Konsum und Rauchen) bereitgestellt, was lebensbedrohliche Risiken für Nutzer*innen minimiert, es gibt Krisenangebote sowie Unterstützungs- und Beratungsangebote. Konsumräume dienen nicht dazu, Drogenkonsum zu bewerben und zu glorifizieren, sondern suchterkrankten Personen einen sichereren Konsum zu ermöglichen und bieten zusätzlich Beratung an. Die Effektivität und der Nutzen von Konsumräumen als Harm-Reduction-Maßnahme sind wissenschaftlich längst gesichert.

Konsumräume ermöglichen Gesundheitsprävention (Vermeidung von Infektionen und Folgeerkrankungen, Minimierung des Risikos der Überdosierung, Aufklärung über Safer Use) und auch die Anbindung an Drogentherapie (Kommunikation und Beziehungsaufbau mit Konsument*innen, niederschwellige Gespräche über Problemlagen und in weiterer Folge Anknüpfungspunkte zur Änderung der aktuellen Lebenssituation bis hin zur Anbindung an stationäre oder ambulante Therapieangebote).

Aufgrund ihres Konsums und aufgrund anderer Problemlagen marginalisierte Personen können so einen sicheren Raum haben. Niederschwellige Unterstützungsangebote müssen sich an der Lebenswelt der Zielgruppe orientieren und an den Nutzungsorten der Zielgruppe angesiedelt sein, um sie nachhaltig erreichen zu können.

Konsumräume gibt es im deutschsprachigen Raum schon lange: Der erste Konsumraum wurde Ende der 1980er Jahre in der Schweiz geschaffen und auch in Deutschland gibt es seit den 1990er Jahren Konsumräume. In Österreich gibt es bis heute keinen einzigen Konsumraum. Die Wieden bzw. Wien könnten hier daher mit einer Vorreiter*innenrolle vorangehen.

Anknüpfend an Anträge der letzten BV-Sitzung bezüglich Anrainer*innenbeschwerden und Nutzer*innenkonflikten in den öffentlichen Räumen rund um den Hauptbahnhof (die sich vor allem um Drogenhandel, Drogenkonsum, vermehrte Nadelfunde auf Spielplätzen, Sexarbeit, Prostitution und wohnungs- und obdachlose Personen drehen) und verstärkte polizeiliche Maßnahmen, nächtliche Parksperrern und eine Stärkung der Sozialen Arbeit forderten, erscheint uns akzeptierende, niederschwellige Drogenarbeit als sinnvollstes Mittel zur Bearbeitung dieser Problemlagen anstatt marginalisierte Menschen zu verdrängen und Konflikte und Problemlagen an andere Orte zu verschieben, ohne das Problem an der Wurzel zu packen und mit anstatt gegen die Menschen zu arbeiten.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László, BSc MA MA
Bezirksrätin

Zuweisungsantrag

zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18. Dezember 2025

Betrifft Antrag Nr. 64 Einrichtung eines Konsumraums auf der Wieden

Ich stelle den Antrag auf Zuweisung in die Sozialkommission.

Ursula Prager-Ramsa



Der Klub der Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

DENK- UND MAHNMAL FÜR DIE OPFER VON SOZIALABBAU AUF DER WIEDEN

Die zuständige Stadträtin Mag.^a Veronica Kaup-Hasler wird gebeten, zu prüfen, ob und in welcher Form ein Denk- und Mahnmal für die Opfer des bevorstehenden Sozialabbaus in den nächsten Jahren auf der Wieden installiert werden kann. Dabei kann sich um ein temporäres, mobiles und wachsendes oder auch um ein dauerhaftes Mahnmal handeln.

Begründung

Die FPÖ hat diverse „unliebsame“ NGO und Menschengruppen in den letzten Jahren in Wien vermehrt angegriffen. Die ÖVP hat ebenfalls viele grausliche Angriffe auf bestimmte Menschen und Einrichtungen unter der ehemaligen Führung von Karl Mahrer gesetzt.

Nun bringt ausgerechnet die „Fortschrittskoalition“ wie sich die Regierung aus SPÖ und NEOS nennt, eine der Grundlagen für eine zukunftsfähige, solidarische Stadt, von der zumindest in Sonntags- und Wahlreden sowie Regierungsprogrammen viel zu hören und zu lesen ist, in Gefahr – die soziale Gerechtigkeit.

Neben dem Gesundheits-, Kultur- und Bildungsbereich wird auch im Sozialbereich massiv gekürzt werden. Alle diese Einsparungen sind Peanuts im Vergleich zu Leerstandsabgaben, Citymaut, Umwidmungszuschlägen, Kommunal- und Grundsteuern, und vielem mehr, die die Stadt ohne den Bund in ihrer eigenen Zuständigkeit umsetzen könnte.

Die Caritas rechnet mit einem massiven Zuwachs an obdach-/wohnungslosen Menschen in Wien und damit auch auf der Wieden. Das und viel mehr geschieht, wenn dort gekürzt wird, wo es eigentlich am wenigsten zu holen gibt, für die Menschen aber die größten Auswirkungen auf ihre Leben hat. Ein Mahnmal sollte all die Aspekte des beginnenden sozialen Kahlschlags beinhalten.

Da wir fürchten, dass am Tag vor der Bezirksvertretungssitzung bei uns im Bezirk, der Gemeinderat dieses asoziale neoliberale Budget beschließen wird, stellen wir diesen Antrag. Wenn wir einmal zugelassen haben, dass auf der Wieden Menschen weiter in die Armut getrieben werden, gibt es kein Zurück. Die Folgen werden fatal sein.

Im Jahr 2026 wollen wir im Bezirk neben anderen Maßnahmen in Solidarität mit den Opfern zu den Folgen des Sozialabbaus mahnen.

Faschismus, Rassismus und Klassismus blühen wie nie, wir gehen nicht in die Knie!

Wir gehen nur in die Knie vor den Menschen, die dem krank-, arbeits- und wohnungslos machenden Kürzungen zum Opfer fallen.

Denn all diese Menschen können am wenigsten was für die Löcher im Defizit!

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László, BSc MA MA
Bezirksrätin



Der Klub der Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung

Wieden am 18. Dezember 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

MAL DIR DEINE WOHNSTRASSE AUS! 😊

Die zuständigen Stadträt*innen Mag.^a Ulli Sima (Magistratsabteilung 28) und Mag. Jürgen Czernohorszky (Wiener Klimateam) werden gebeten, zu prüfen, in welchem Rahmen im Jahr 2026 die Bemalung einer Wohnstraße auf der Wieden durch Anrainer*innen - in erster Linie Kinder und Jugendliche - umgesetzt werden kann.

Begründung

Wohnstraßen auf der Wieden sind zum großen Teil nicht sicher gestaltet, weil sie trotz Hinweisschildern und Piktogramme nicht als solche erkennbar sind.

Die Bemalung einer Wohnstraße ist ein sichtbarer Hinweis für Autofahrer*innen, dass sie diese Straße nicht als Durchzugsstraße missbrauchen dürfen und für die Fußgeher*innen eine Einladung, die verordnete Wohnstraße auch für sich zu nutzen.

Es gibt in Wien in anderen Bezirken, schon einige Beispiele für wirksame und schöne Bemalungen am Straßenbelag in Wohnstraßen. Auf der Wieden gibt es leider noch keine.

Eine Bemalungsprojekt in einer Wohnstraße wäre eine willkommene Partizipationsmöglichkeit mit Mehrwert hinsichtlich Lebensqualität und Verkehrssicherheit.

Klubvorsitzende

Bezirksrätin

Mag^a Amela Pokorski

Anna László, BSc MA MA

Version 1 - 23.12.2025



Der Klub der Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung

Wieden am 18. Dezember 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

PLANSCHBECKEN IN WIEDNER WOHNHAUSANLAGEN DER STADT WIEN

Die Vizebürgermeisterin und amtsführende Stadträtin für Wohnen, Kathrin Gaál, wird ersucht, die temporäre Aufstellung von Planschbecken in den Innenhöfen der großen Gemeindebauten auf der Wieden während der Sommermonate 2026 im Rahmen bereits genehmigter und/oder gegebenenfalls neuer Projekte zu prüfen.

Begründung

Anders als der Pool, der vor ein paar Jahren im Sommer temporär am Gürtel aufgestellt wurde, sind Planschbecken niederschwelliger, mobiler und billiger. In ihrem eigenen Wirkungsbereich im öffentlichen Raum, nämlich in den Innenhöfen der Wohnhausanlagen, kann die Gemeinde selbst aktiv werden und ihrer Verantwortung für die vielen jungen Bewohner*innen leichter nachkommen.

Im Kontext von Klimagerechtigkeit und Kinderarmut können sie nicht nur einkommensschwachen Familien gratis niederschwellige und wohnortnahe Abkühlung und Freizeitmöglichkeiten bieten, sondern auch zu mehr sozialem Miteinander in der Nachbarschaft und im Bezirk beitragen.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László, BSc MA MA
Bezirksrätin



Der Klub der Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung

Wieden am 18. Dezember 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

PLAN(T)SCHMÖGLICHKEITEN AUF DER WIEDEN

Die zuständige Vizebürgermeisterin und amtsführende Stadträtin Mag.^a Bettina Emmerling (Bildung und Jugend) und der amtsführende Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky (Bäder, Wiener Wasser und Wasserrecht) werden gebeten, angesichts der massiven Erhitzung der Wieden, der damit einhergehenden zusätzlichen Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen aus der Armut ausgesetzten Familien und der fehlenden Bademöglichkeit im Bezirk, zu prüfen, in welchem Rahmen sich Kinder und Jugendliche der Wieden im Hochsommer rund um bestehende Brunnen abkühlen könnten.

Begründung

Der nächste Sommer kommt bestimmt – und damit auch die Hitze und mangelnde Abkühlungsmöglichkeiten auf der Wieden. Die Wieden weist wenige Grünflächen und Abkühlungsmöglichkeiten auf. Das bedeutet aber nicht, dass es kein Potenzial für kreative Ideen gibt. Temporäre Plan(t)schmöglichkeiten haben Potenzial.

Anders als der Pool, der vor ein paar Jahren im Sommer temporär am Gürtel aufgestellt wurde, sind „Planschbecken“ niederschwelliger, mobiler und billiger. Es könnten auch die im Bezirk bestehenden Brunnen wie der Mozartbrunnen, der Karlsteich und der Schutzengelbrunnen für diverse Formen von Abkühlung genutzt werden.

Wir haben seit unserem ersten Wahlantritt und Einzug in die Bezirksvertretung auf der Wieden vor fünf Jahren auf fehlende Abkühlungsmöglichkeiten hingewiesen und unter anderem auch ein Bezirksbad gefordert. Da ein Bezirksbad in den nächsten Jahren nicht gewollt ist, müssen wir Kindern und Jugendlichen, deren Eltern nicht über Zweitwohnsitze

am Land und auch sonst über wenige andere Ressourcen für ihre Gesundheit in Hitzeperioden verfügen, eine Chance auf gratis Abkühlungen in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnungen geben.

Im Kontext von Klimagerechtigkeit und Kinderarmut können diese Chancen nicht nur Familien mit geringen Einkommen gratis niederschwellige und wohnortnahe Abkühlung und Freizeitmöglichkeiten bieten, sondern auch zu mehr sozialem Miteinander in der Nachbarschaft und im Bezirk beitragen.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László, BSc MA MA
Bezirksrätin

Der Klub der Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

ZEITNAHE INFORMATIONEN AN GEMEINDEBAUMIETER*INNEN IM BEZIRK

Die Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál wird gebeten, zu prüfen, wie die Mieter*innen von Gemeindebauten, die auf der Wieden saniert werden, über den Stand der Arbeiten allgemein besser informiert werden und bei Verzögerungen der Sanierungsarbeiten auch zeitnah informiert werden können.

Begründung

Anfang des Jahres 2025 fiel auf, dass im Gemeindebau in der Schelleingasse die Sanierungsarbeiten nicht wie angekündigt im Januar 2024 starten, sondern um vieles später starteten.

Seit über einem Jahr wird der Gemeindebau zwischen Pressgasse 7 (und der Freundgasse) saniert. Die Sanierung startet vor einem Jahr. Seit Monaten geschieht laut Aussagen der Bewohner*innen nichts.

Alles außen und innen in der Wohnhausanlage der Stadt Wien deutet auf eine lange Verzögerung hin. Die Bewohner*innen und Mieter*innen der Lokale wissen nicht, wie und wann es weitergeht. Sie warten darauf, dass sie irgendwer vom Bezirk und/oder Wiener Wohnen über den Stand und weitere Vorgehen informiert.

Währenddessen leben sie in einer Baustelle mit allem was dazugehört – Gerüst vor den Fenstern, aufgestemmtten Wänden, freigelegten Leitungen, Schmutz, etc.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László, BSc MA MA
Bezirksrätin

Die Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 den folgenden

ANTRAG

betreffend

DISKUSSION ALS NACHLESE ZUM JAHR DER DEMOKRATIE

Der zuständige amtsführende Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky (Demokratie) wird gebeten, eine Veranstaltung im Rathaus oder auch auf der Wieden zu organisieren, zu der alle Bezirksrät*innen des Bezirks eingeladen werden, um über die Ergebnisse des Jahres der Demokratie 2024/25 zu berichten, zu diskutieren und gemeinsam Möglichkeiten der Umsetzung der Ergebnisse für die Wieden zu erarbeiten

Begründung

Im Jahr der Demokratie wurden Veranstaltungen verschiedenster Art organisiert, zu der die Bevölkerung Wiens und der Wieden eingeladen war: Diskussionen, Workshops, Präsentationen, Führungen, ... Dementsprechend gibt es eine Vielzahl von positiven Rückmeldungen aus der Bevölkerung.

Auf der Wieden gibt es 40 Bezirksmandatar*innen. Als Vertreter*innen der kommunalen Ebene haben diese den direktesten Kontakt zu den Menschen und wissen sehr gut, wie die Menschen über die Demokratie denken und was sie benötigen, um am Geschehen in der Stadt Wien aktiver teilnehmen zu können. Die Expertise der Bezirksrät*innen ist wertvoll und soll in die Diskussion über die Weiterentwicklung der Demokratie auf der Wieden und damit auch in Wien einfließen.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László, BSc MA MA
Bezirksrätin

Der Klub der Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

ADVENTKÜCHE FÜR DIE WIEDEN 2026

Die Bezirksvertretung der Wieden spricht sich dafür aus, mit dem Verein von DivinaArt und gegebenenfalls anderen Organisationen für die Adventzeit 2026 ein soziales Projekt zu erarbeiten, das eine Art „Adventküche auf der Wieden“ werden soll.

Begründung

Nach einem kurzen Austausch mit dem Obmann des Vereins DivinaArt sind wir zuversichtlich, dass wir bei gutem Willen seitens des Bezirks „auf DiWidnaArt“ eine Art kleine Adventküche am Karlsplatz umsetzen können.

Die Stadt Wien kürzt ab Januar in vielen Bereichen. Alle diese Kürzungen treffen die Armutsbetroffenen und Armutsgefährdeten oder besser gesagt alle Menschen, denen die Armut mutlos zugemutet wird, um vieles härter als andere Bevölkerungsgruppen.

Wenn sozialer Raubbau einsetzt, wird sozialer Zusammenhalt noch wichtiger. Deshalb ist es uns ein besonderes Anliegen, individuelle, gesellschaftliche und politische Unterstützer*innen für die Stärkung des Zusammenhalts im Bezirk zu suchen und zu finden. Jede Spende, jede Geste, jedes noch so kleine Projekt zählen und wirken. Wir dürfen die Menschen, die uns in Zukunft noch mehr brauchen, nicht noch mehr im Stich lassen.

Solange der Spardruck in der Politik auf die ohnehin vulnerabelsten Menschen im Bezirk gelenkt wird, müssen wir gegenlenken und gemeinsam aktiv werden.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László, BSc MA MA
Bezirksrätin

Zuweisungsantrag

zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18. Dezember 2025

Betrifft Antrag Nr. 75 Adventküche für die Wieden 2026

Ich stelle den Antrag auf Zuweisung in die Sozialkommission.

Ursula Prager-Ramsa

Der Klub der Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

REGIONALFORUM WIEDEN

Die Bezirksvertretung der Wieden spricht sich dafür aus, ein Regionalforum auf der Wieden ins Leben zu rufen.

Begründung

Das Regionalforum Wieden dient dem Austausch verschiedener (sozial-, gesundheits-, bildungs-, arbeitsmarktpolitischer und gemeinwesenorientierter) Institutionen auf lokaler Ebene wie Kindergärten, Schulen, Caritas, Rotes Kreuz, Jugendzentren, Wiener Arbeitnehmer*innen Förderungsfonds, Arbeitsmarktservice, Polizei, Wiener Linien, Koordinierungsstelle für Offene Kinder- und Jugendarbeit, Nachbarschaftszentren, Volkshochschulen, Häuser zum Leben, Lokale-Agenda-21-Gruppen, Wohnpartner, Suchthilfe Wien, Gebietsbetreuung Stadterneuerung und vieler anderer.

Es handelt sich um ein regelmäßiges Vernetzungstreffen (alle zwei Monate).

Regionalforen haben sich in allen Bezirken, in denen es sie schon lange gibt, sehr bewährt.

Wo sonst kommen Vertreter*innen diverser Einrichtungen auch mit politischen Vertreter*innen regelmäßig zusammen, berichten und tauschen sich im Interesse der Bezirksbewohner*innen aus?

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László, BSc MA MA
Bezirksrätin

Zuweisungsantrag

zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18. Dezember 2025

Betrifft Antrag Nr. 76 Regionalforum Wieden

Ich stelle den Antrag auf Zuweisung in die Sozialkommission.

Ursula Prager-Ramsa

Der Klub der Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung der Wieden spricht sich für den Erhalt aller vom Fonds Soziales Wien finanzierten sozialen Leistungen auf der Wieden aus. Damit sind die unterschiedlichen vom Spardruck bedrohten Einrichtungen und Projekte des Behindertenbereichs, der Pflege, der Flüchtlingshilfe, der Wohnungslosenhilfe und der Suchthilfe gemeint.

Begründung

Durch die hohen Budgetkürzungen im Bereich des Fonds Soziales Wien werden erwartungsgemäß zahlreiche soziale Einrichtungen in ganz Wien und so auch auf der Wieden betroffen sein. Es ist die Rede von Kürzungen in der Höhe von 500 Millionen Euro. Einrichtungen und Leistungen in Wien, die über Jahre hinweg aufgebaut wurden, sollen nun Teile ihres Angebots wieder streichen, Mitarbeiter*innen in ohnehin schon oftmals unterbesetzten Teams abbauen oder werden ganz geschlossen.

Der Abbau von sozialen Leistungen wird gravierende Auswirkungen auf die Bürger*innen und die Stadt haben und soziale Verwerfungen sowie einen Anstieg von Armut und Kriminalität mit sich bringen. Diese negativen Entwicklungen gilt es mit großer Anstrengung zu verhindern.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László, BSc MA MA
Bezirksrätin

Der Klub der Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

FÖRDERUNG VON EMPOWERMENT UND SELBSTBESTIMMUNG VON MÄDCHEN

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, die Selbstbestimmung von Mädchen zu stärken, statt Stigmatisierung, Ausgrenzung und Spaltung zu fördern.

Begründung

Es gibt laut Expert*innen aus der Mädchenarbeit mehr als ein Dutzend effektiver Maßnahmen. Das sind zum Beispiel nachhaltige Finanzierungen von schulexternen Mädcheneinrichtungen, Mädchenräume, verpflichtender gemeinsamer Ethikunterricht an Schulen, Austausch mit Role Models, Workshops von Mädchenberatungsstellen an Schulen, feministische Bubenarbeit jenseits von toxischer Männlichkeit und Ähnliches.

Es gibt viel zu tun gegen die geschlechtliche Ungleichheit, gegen geschlechtsspezifische Gewalt und für echte Gleichberechtigung von Mädchen.

Wenn wir Gewalt an Mädchen zulassen, lehren wir sie, dass Gewalt gegen sie jetzt und später als Frauen Normalität ist, der sie sich unterwerfen müssen.

Stoppen wir jede Form von Gewalt an Mädchen!

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László BSc. MA MA
Bezirksrätin

Der Klub der Bezirksrätinnen von LINKS Wieden und die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

GRATIS WEIHNACHTSBÄUME FÜR WIEDNERINNEN

Die Bezirksvertretung der Wieden spricht sich dafür aus, einen Rahmen dafür zu schaffen, dass Wiedner*innen am Ende der Adventzeit gratis Weihnachtsbäume am Adventmarkt am Karlsplatz und an anderen Stellen abholen und (kreativ) wiederverwenden können.

Begründung

Allein heuer besorgte der Verein DivinaArt 250 Tannen für den wunderschönen Adventmarkt, der schon seit Jahrzehnten bei uns im Bezirk Tradition hat.

Die soziale Ader des Vereins pocht ohnehin schon stark. Aber selbst beim besten Willen können die Mitglieder und Aussteller*innen die Bäume nicht auch noch gratis verteilen. Allein der Abbau der Bäume erfordert sehr viel Zeit und Personal.

Seit Jahren können angeblich Menschen mit eigenem Werkzeug am letzten Tag des Adventmarktes Bäume gratis holen. Davon wissen aber die wenigsten Bezirksbewohner*innen. Auch wir haben es zufällig erfahren.

Die Baumverkäufer*innen am Karlsplatz und im Bezirk schreddern am letzten Verkaufstag die übriggebliebenen Bäume statt sie als Ganze zu verschenken.

Dann gibt es noch Menschen im Bezirk, die bereits am 25. Dezember ihre Bäume auf die Straße werfen. Was für eine Verschwendung!

Der Handel rund um die Bäume ist leider gekennzeichnet von Verschleuderung von Ressourcen, die an anderer Stelle fehlen.

Der Umgang mit Bäumen in der Weihnachtszeit auf der Wieden kann sicher durch kleine Maßnahmen nachhaltiger ausfallen.

Einige Kinder und ihre Familien würden sich den ein oder anderen Tannenbaum rund um die Feiertage und das Jahresende wünschen, können ihn sich aber nicht leisten.

Die meisten Bäume sind noch bis nach dem Feiertag am 6. Januar frisch. Suchen wir doch gemeinsam nach einer Lösung, um mehr Menschengen zum Strahlen zu bringen, wenn die Bäume schon sterben mussten.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László, BSc MA MA
Bezirksrätin



Der Klub der Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung

Wieden am 18. Dezember 2025 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

(PSYCHISCHE) GESUNDHEIT GIBT ES NUR BEI GESELLSCHAFTLICHER TEILHABE

Die Bezirksvertretung der Wieden spricht sich dafür aus, in allen ihren Entscheidungen die gesellschaftliche Teilhabe und damit auch die (psychische) Gesundheit aller Bezirksbewohner*innen zu berücksichtigen.

Begründung

Das psychosoziale Modell erklärt die Entstehung einer Krankheit unter Berücksichtigung von biologischen, psychischen und sozialen Faktoren.

Gesellschaftliche Teilhabe hat in der Regel einen positiven Einfluss auf die psychische Gesundheit. Der Zugang zur Arbeitswelt und zu Bildung oder die soziale Einbindung in die Gemeinschaft und zwischenmenschliche Kontakte vermitteln ein Gefühl von Anerkennung, Wertschätzung, Sinn und Selbstvertrauen und fördern damit das psychische Wohlbefinden.

Definition der WHO von Psychischer Gesundheit:

„Psychische Gesundheit ist ein Zustand des Wohlbefindens, in dem eine Person ihre Fähigkeiten ausschöpfen, die normalen Lebensbelastungen bewältigen, arbeiten und einen Beitrag zu ihrer Gemeinschaft leisten kann.“

Gesundheit fördern, heißt Gemeinschaft und Demokratie fördern.

Gemeinschaft und Demokratie fördern, heißt Gesundheit fördern.

Klubvorsitzende

Bezirksrätin

Mag^a Amela Pokorski

Anna László, BSc MA MA

Der Klub der Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

KEINE BEVORZUGUNG RELIGIÖSER SYMBOLE AUF DER WIEDEN

Die Bezirksvertretung der Wieden spricht sich in ihrem Wirkungsbereich gegen irgendeine Bevorzugung unter allen staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften bei der Anbringung und Verwendung von Symbolen im Bezirk aus.

Begründung

Der 10. Dezember ist der Internationale Tag der Menschenrechte.

Auf der Wieden leben und arbeiten Menschen, die sich zu vielen verschiedenen staatlich anerkannter Religionsgemeinschaften bekennen sowie viele Atheist*innen, also Menschen ohne irgendein religiöse Bekenntnis.

Die Wieden ist seit einigen Jahren ein Menschenrechtsbezirk. Das Recht auf Religion und Weltanschauung sowie das Recht darauf, keine Religion zu haben, ist ein Menschenrecht.

Es gibt bei uns keine Bezirksreligion, keine Stadtreligion und auch keine „Staatsreligion“, die aus irgendeinem Grund einer anderen Religionsgemeinschaft bevorzugt werden darf. Alle anerkannten Religionen sind gleichwertig und müssen gleich behandelt werden.

Klubvorsitzende

Bezirksrätin

Mag^a Amela Pokorski

Anna László, BSc MA MA